NEWSLETTER

GEDENKSTÄTTEN UND ERINNERUNGSORTE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Nr. 12, Dezember 2017, 6. Jg.

Herausgegeben von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten

Redaktion: Dr. Harald Schmid

INHALT

3 EDITORIAL

4 **LEBENDIGE ERINNERUNG**

FORUM

5 *Michael Kohlstruck* | Gedenkstätten, Erinnerungskultur und die Herausforderungen des Rechtspopulismus – eine aktuelle Selbstvergewisserung

8 *Jens Rönnau* | Ein Platz für Gottfried Kuhnt? Beitrag zu einer Kieler Geschichtsdebatte

10 *Stephan Linck* | Ehrung von Gottfried Kuhnt? Ein falsches Signal

PINNWAND

PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN

11 „Aus Kiel kann ich dir nichts Erfreuliches mitteilen". Die Landeshauptstadt begeht erstmals den Gedenktag 27. Januar

12 „Und was hat das mit mir zu tun?" Claudia Kuhn ist wissenschaftliche Volontärin im Jüdischen Museum Rendsburg

13 *Helen Ruck, Hilmar Götze* | „Mach auf die Tür, das Herz mach weit": Erste Schritte zur inklusiven Gedenkstättenarbeit

BERICHTE UND INFORMATIONEN

15 Verabschiedung von Kulturministerin Anke Spoorendonk

16 *Uta Körby* | Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft

21 Impressionen von der 11. Landesgedenkstättentagung

22 Feierliche Eröffnung der neugestalteten KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

23 *Maria Bering* | Zielpunkt Humanum. Grußwort zur Eröffnung der neugestalteten KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

24 *Raimo Alsen* | „Das KZ im Dorf." Zur Konzeption der neuen Dauerausstellung in Ladelund

27 *Johanna Jürgensen* | 60 Jahre nach der Einweihung. Gedenkfeier auf dem Husumer Ostfriedhof

28 *Johanna Jürgensen* | „Es ging nur ums nackte Überleben". Ein Überlebender besuchte die KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing

30 *Monika M. Metzner-Zinßmeister* | Gestohlene Jahre. Neue Ausstellung zur Zwangsarbeit in der Gedenkstätte Ahrensbök

32 *Jens Rönnau* | Arbeit mit dem Flandernbunker. Professionalisierung, Vernetzung, Aktivitäten

35 *Uta Körby* | Bundesverdienstkreuz für Jens Rönnau

36 *Benno Stahn* | Forschung und regionale Vernetzung. Die Historikerin Verena Meier hat die Lagergeschichte Gudendorfs erforscht

37 *Katharina Perrey-Holldorf* | Projektmanagement als eine Kernaufgabe der Gedenkstätten

38 Lernen für die Demokratie. Podiumsdiskussion im Landeshaus Kiel

39 Stellenausschreibung: Kulturmanager/in

40 Wissenschaftspreis 2018 der Bürgerstiftung

41 **TERMINKALENDER**

42 IMPRESSUM

EDITORIAL

Das Humanum bilde den eigentlichen Zielpunkt für Erinnerung und Gedenken – dieses Zitat des früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck stellte Maria Bering in den Mittelpunkt ihres Grußwortes zur Eröffnung der neu gestalteten KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund. Das Grußwort, das sie am 18. November in Ladelund namens der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Prof. Monika Grütters, vortrug, ist in dieser Ausgabe des NEWSLETTERS dokumentiert. Mit der Wiedereröffnung Ladelunds ist das größte Projekt, das in Schleswig-Holstein bislang im Feld der Gedenkstätten auf den Weg gebracht wurde, erfolgreich abgeschlossen – ein Grund, es in diesem NEWSLETTER angemessen zu würdigen.

Der Zielpunkt des Humanum könnte auch die Überschrift für eine ganze Reihe von weiteren Beiträgen des NEWSLETTERS sein. So beispielsweise für das Projekt „Mach auf die Tür, das Herz mach weit" zur inklusiven Gedenkstättenarbeit, das Helen Ruck und Hilmar Götze vorstellen. Dieser Zielpunkt des Humanum mag auch die Antwort auf manche Fragen sein, die in Veranstaltungen der letzten Monate aufgeworfen wurden und sich gleichsam als immer wieder aufgenommener roter Faden durch den NEWSLETTER ziehen. Darin ging es immer wieder um die Frage nach dem Umgang mit den Herausforderungen des neuen Rechtspopulismus und Nationalismus. Insbesondere die 11. Landesgedenkstättentagung setzte sich mit diesem Thema ausführlich und intensiv auseinander. Der Eröffnungsvortrag der Tagung von Dr. Michael Kohlstruck ist in diesem NEWSLETTER nachzulesen.

Der Umgang mit der politischen Gegenwart, und somit auch mit dem Rechtspopulismus, bildete ebenfalls eine Klammer für die zweitägige Veranstaltung „Haben Gedenkstätten ein politisches Mandat?", die die Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH) im November organisierte – Uta Körby berichtet unter anderem darüber im Beitrag „Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft".

Eine derzeit laufende Kieler Geschichtsdebatte wird im NEWSLETTER aufgegriffen und weitergeführt. Es geht dabei um eine erinnerungskulturelle und geschichtspolitische Auseinandersetzung, wie sie immer wieder hierzulande entflammt: Welche Kriterien sollen gelten für die Benennung von öffentlichen Straßen, Plätzen oder Gebäuden mit Namen von historisch bedeutenden Personen? Zuletzt hatte die Deutsche Bahn mit ihrem Vorhaben, einen ICE nach Anne Frank zu benennen, eine bundesweite Debatte und internationales Aufsehen ausgelöst. Die Auseinandersetzung in Kiel dreht sich um die in den letzten Monaten diskutierte Frage, ob ein bislang namenloser Platz nach dem früheren DDP- und CDU-Politiker Gottfried Kuhnt benannt werden soll, dem ersten Justizminister Schleswig-Holsteins nach 1945. Mit zwei Beiträgen beteiligt sich der NEWSLETTER an dieser Kontroverse: Dr. Stephan Linck votiert gegen eine Benennung nach Kuhnt, indem er auf dessen Beteiligung an der Begnadigung von NS-Verbrechern hinweist; Dr. Jens Rönnau macht alternative Vorschläge für die Platzbenennung.

Letzterer wurde übrigens im November mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet – auch darüber berichtet der NEWSLETTER und wir gratulieren ihm herzlich zu der verdienten Ehrung.

Ein besonderer Dank schließlich allen Beiträgerinnen und Beiträgern, die diese Ausgabe durch Texte, Fotos und stets sehr angenehme Zusammenarbeit möglich gemacht haben! ◄

Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet
Dr. Harald Schmid

LEBENDIGE ERINNERUNG

Ladelund, 18. November: Nach mehr als dreijähriger Vorbereitung konnte die neugestaltete KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte feierlich eröffnet werden.
Foto: Thomas Lorenzen ◄

FORUM

Gedenkstätten, Erinnerungskultur und die Herausforderungen des Rechtspopulismus – eine aktuelle Selbstvergewisserung*

Michael Kohlstruck

Mit Rechtspopulismus befasst man sich derzeit polemisch und analytisch. Für die polemische Perspektive ist der Rechtspopulismus eine Bedrohung, ein politischer Gegner oder ein politischer Feind. Die analytische Sicht versucht, Rechtspopulismus als Symptom, als Ausdruck grundlegender gesellschaftlicher Entwicklungen oder als Krisensignal zu lesen. Die polemische Praxis kritisiert rechtspopulistisches Denken. Man zeigt seine ideologischen Wurzeln auf und zieht Kontinuitätslinien zwischen der „Konservativen Revolution" oder dem völkischen Denken und heutigen Positionierungen. Die analytische Perspektive steht demgegenüber vor der Aufgabe, rechtspopulistische Wahlerfolge zu erklären. Die eigentliche Herausforderung besteht hier in der Frage, warum die AfD in den Landesparlamenten mehr Abgeordnete hat als etwa Die Linke und warum sie bei nahezu allen Wahlen, zu denen sie angetreten ist, erhebliche Stimmenanteile auf sich vereinigen konnte.

Verteidigung und Analyse der Erinnerungskultur

Etliche Provokationen von Rechtspopulisten im Feld der Erinnerungskultur haben viel öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Björn Höckes Aktivitäten am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus in den Jahren 2015 und 2017, sein Plädoyer für eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad" und gegen eine „dämliche Bewältigungspolitik" im Januar 2017 sind hinlänglich dokumentiert. Es liegt sachlich nahe und ist auch psychologisch nachvollziehbar, dass man seitens der Gedenkstätten auf solche öffentliche Positionierungen reagiert. Allerdings sind auch die drei häufigsten Probleme einer direkten Auseinandersetzung bekannt:

- Den Hase- und Igel-Trick verwenden Rechtspopulisten bei ihrem Wechsel von Provokationen und Entschuldigungen;
- der Streisand-Effekt wird dort sichtbar, wo die Verbreitung von abgelehnten Positionen erst durch die intensive Gegenrede erfolgt;
- schließlich bedient man mit dem nicht sachlich, sondern kategorial („rechtsextremistisch") oder persönlich begründeten Ausschluss von Rechtspopulisten deren Argumentationsschema, mit dem sie sich selbst zum Opfer einer Political Correctness stilisieren.

Chancen der analytischen Sichtweise

Die analytische Sichtweise steht dafür, die von Rechtspopulisten bewirtschafteten Themen in eigener Verantwortung zu sichten, die damit möglicherweise tatsächlich verbundenen Probleme zu identifizieren und auf einen möglichen Veränderungsbedarf hin zu befragen. Rechtspopulistische Geschichtspolitik wird damit als Indikator für gesellschaftlichen Wandel genutzt. In diesem Sinne weist die auf den Nationalsozialismus bezogene Erinnerungskultur vier zentrale Strukturmerkmale auf:

1. Moral steht hier an erster Stelle, da es bei dieser Erinnerung zentral um ein moralisches Problem geht, nämlich um Schuld. Mit dieser Kategorie hängt zusammen, dass die Erinnerung an die NS-Zeit im Rahmen von Konflikten durchgesetzt und etabliert worden ist, in Auseinandersetzungen um Schuld und die Folgen von Schuld. Die Kommunikation über Schuld kann man als Moralkommunikation verstehen, eine Kommunikation also, in der über die Achtung und Missachtung von Personen entschieden wird. Sie wird

* Überarbeitete und stark gekürzte Fassung des Vortrags, den der Autor am 15.9.2017 in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente zur Eröffnung der 11. Landesgedenkstättentagung in Schleswig-Holstein gehalten hat.

zwischen Lebenden geführt. Die Brisanz der Befassung mit dem Nationalsozialismus resultiert soziologisch gesehen nicht aus dem besonderen Gewicht der historischen Ereignisse, sondern aus der Achtungskommunikation, die nach 1945 geführt worden ist.

2. Die Moralkommunikation über das „Dritte Reich" hat an besonderer Schärfe gewonnen, da die Brisanz der Achtungskommunikation durch die Dynamik des Generationenkonflikts verstärkt wurde. Die Achtungskommunikation zwischen der sogenannten ersten Generation, denjenigen also, die in Art und Ausmaß unterschiedlich verantwortlich waren, und deren Kindern war ein zentraler Motor der Wahrnehmung der nationalsozialistischen Geschichte.
3. Ein drittes Moment bestand in dem spezifischen Potenzial des NS-Themas. Über etliche Jahrzehnte war es ein Einspruchsthema, das über den engeren Fokus hinaus generalisiert werden konnte. Ein allgemeiner Protest gegen das Establishment in Staat und Gesellschaft konnte leicht mit diesem Thema verbunden werden, da die Versäumnisse hinsichtlich der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus institutionell zurechenbar waren; Widerwille und Widerstand gegen die öffentliche Thematisierung dieser Epoche waren tatsächlich weit verbreitet.
4. Mit dem „Historikerstreit" der Jahre 1986/87 kam noch ein viertes Moment hinzu: In und aus der Konfliktkommunikation wurde eine Rahmung des Themas entwickelt, die über eine innergesellschaftliche Bedeutung weit hinauswies: Mit der vieldeutigen These einer Singularität und eines „Zivilisationsbruchs" wurde in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre ein geschichtsphilosophisch-religiöses Deutungsmuster neu etabliert.

Mit Achtungskommunikation, Generationenkonflikt, Protestgeneralisierbarkeit und Singularisierungsframe sind vier wichtige Merkmale benannt. Für eine zureichende Diagnose der aktuellen Situation der öffentlichen Thematisierung des Nationalsozialismus scheint nun der historisch-transitorische Charakter dieser Strukturmerkmale zentral zu sein: Sie alle unterliegen einem geschichtlich bedingten Wandel, sie altern und werden schwächer oder können auch ganz verschwinden.

Der Berliner Politikwissenschaftler Dr. Michael Kohlstruck bei seinem Vortrag in Bad Malente am 15. September. *Foto: Dr. Jens Rönnau*

Für die beiden ersten Strukturelemente liegt dies auf der Hand: Die Generation der Träger und Verantwortlichen ist weitgehend verstorben. Auch die manchmal so genannte „Bewältigungsgeneration", die „zweite Generation", prägt das öffentliche Leben nicht mehr. Die Entgrenzbarkeit des Themas hin zu einem Einspruch gegen das politische System ist gegenstandslos geworden, da die Erinnerung an Hitler, nationalsozialistische Verfolgungsverbrechen, Zweiter Weltkrieg und Völkermord zur Staatsräson gehört und in hohem Maße öffentlich gefördert wird. Ob man dies nun beklagt oder begrüßt: „Aufarbeitungsstolz" und „Erinnerungsweltmeister" sind angemessene Stichworte zur Beschreibung der heutigen Lage.

Das geschichtsphilosophisch-religiöse Deutungsmuster hat im Hinblick auf seine prakti-

schen Implikationen Kritik auf sich gezogen. Hannah Arendt schrieb im August 1946 an Karl Jaspers: „Mit einer Schuld, die jenseits des Verbrechens steht, und einer Unschuld, die jenseits der Güte oder der Tugend liegt, kann man menschlich-psychologisch überhaupt nichts anfangen." Spätere Kritiker monierten den mit der Singularitätsthese verbundenen „Monotheismus der Greuel" (Siegfried Kohlhammer) oder die „Holocaust-Religion" (Arno Widmann). Zuletzt hat Martin Sabrow kritisch gefragt, ob das sakrale „Erlösungsversprechen unserer Erinnerungskultur" die Aufklärung in den Hintergrund treten lasse. Mit der Einbeziehung der ostmitteleuropäischen Perspektive und der Einführung des Gedenktages 23. August innerhalb der EU verstärkt sich auch auf politischer Ebene ein egalisierender Umgang mit verschiedenen verbrecherischen Vergangenheiten. Schließlich hat sich auch der Verwendungskontext des Singularitäts-Frames gewandelt. Entstanden war das Argument der „Einzigartigkeit" als Gegenposition innerhalb des letzten Konflikts zum Selbstverständnis der alten Bundesrepublik, eben des sogenannten Historikerstreits. Später hat sich der Einwand zu einer eigenständigen Position verselbständigt. Der Singularitätsframe hat sein Überzeugungspotenzial daraus bezogen, dass eine exzeptionelle Behandlung des deutschen Genozids an den europäischen Juden kontrovers diskutiert worden war. Dies ist mittlerweile nicht mehr der Fall, so dass seine diskursive Kraft schwindet.

In wichtigen analytischen Hinsichten ist damit das Argument einer spezifischen Historizität der „Erinnerungskultur" dargestellt. Das Verhältnis zum historischen Nationalsozialismus ist nicht mehr von eigenen Lebenserfahrungen und Generationenkonflikten gekennzeichnet. Damit endet die besondere, die spezifische Phase der Verknüpfung von Biografie und Vergangenheit und es beginnt überhaupt erst die Zeit, in der die NS-Vergangenheit Geschichte wird. Jetzt erst steht man im Ganzen der Gesellschaft vor der Frage, ob und gegebenenfalls wie man „aus der Geschichte lernen" kann, wenn „Geschichte" verstanden wird als diejenige Vergangenheit, die in die eigene Biografie und die Eltern-Kind-Konstellation nicht mehr unmittelbar hineinragt.

Mögliche Prinzipien einer künftigen Bildungs- und Erinnerungsarbeit zum Nationalsozialismus

Das vielfach konstatierte und untersuchte „Unbehagen" in und an der Erinnerungskultur geht darauf zurück, dass deren spezifische Historizität häufig nicht gesehen oder unterschätzt wird und die vormals angemessenen Aktivitäten und Deutungen über ihr historisches Verfallsdatum hinaus fortgeführt werden. Doch auch wenn die Zeit vorüber ist, in der die Erinnerung an den Nationalsozialismus ein „Stachel im Fleisch der Gesellschaft" war, kann es nicht um ein neues Beschweigen gehen. Zwei Begründungen bieten sich an: Einmal ist der Komplex der nationalsozialistischen Herrschaft und Verbrechen ein sehr wichtiges Thema der historischen Bildungsarbeit. Die NS-Zeit selbst, ihre Folgen und ihre Rezeption haben Deutschland in vielfältiger Weise geprägt. Es gehört schlechterdings zur Inlandskompetenz, sich mit dieser Geschichte auseinanderzusetzen. Für alle, die in Deutschland leben oder in Zukunft leben wollen, ist die Kenntnis elementarer Ereignisse, Strukturen und Prozesse dieser Geschichte ein unerlässlicher Bildungsbaustein. Gedenkstätten sind ein prädestinierter Ort, ein Wissen zu vermitteln, das einerseits die historischen Ereignisse und ihre Folgen angemessen repräsentiert und andererseits die spezifischen Voraussetzungen verschiedener Zielgruppen berücksichtigt.

Eine zweite Begründung bezieht sich auf den thematischen Rahmen, der um die eben erwähnte historische Bildungsarbeit, aber auch um weitere öffentliche Elemente von Erinnerungskultur und Geschichtspolitik gezogen werden kann. Thomas Hertfelder hat vorgeschlagen, eine neue Meistererzählung um das Thema Demokratieentwicklung zu schaffen. Die Phase eines „negativen Gedächtnisses" sollte abgelöst werden zugunsten der Erinnerung an den erfolgreichen und gescheiterten,

widersprüchlichen, konflikthaften, aber eben auch andauernden und insofern zukunftsoffenen Lernprozess der Demokratie.

Die zentrale Fokussierung auf das Abstoßende und Unwillkommene eines negativen Gedächtnisses sollte durch ein Narrativ ersetzt werden, in dem Demokratie als ein positiv bewerteter Inhalt im Zentrum steht und die Geschichte ihrer Entwicklung das Hauptthema ist. Die Erinnerung an Diktatur und Makroverbrechen ist deshalb alles andere als obsolet: Sie kann und soll in das Demokratiegedächtnis integriert werden ohne allerdings die zentrale Sichtachse zu sein. Der entscheidende Vorzug dieser Konzeption besteht darin, verschiedene Phasen eines andauernden und unabgeschlossenen Prozesses in den Blick nehmen zu können. Sein weiterer Verlauf ist offen, das heißt. er ist gestaltbar und lädt zur politischen Partizipation ein. Eine damit verbundene Mobilisierung von Adressaten weist zeitlich nach „vorne" und moralisch nach „oben".

Die Gedenkstätten haben in dieser neuen Rahmung eine spezifische Bedeutung, „da sie gegen die Tendenzen zur Universalisierung des Holocaust an der schmerzhaften Konkretheit des Geschehens festhalten". Ihre Aufgabe ist es, „den Verlust elementarer Menschlichkeit unter historisch erklärbaren Bedingungen sichtbar zu machen, dabei Raum zu schaffen für Trauer, Betroffenheit und Aussprache, für Anerkennung von Leid und historisch präzise Erkenntnis" (Thomas Hertfelder). Sie sind Orte der Trauer und Lernorte der Demokratie.

Rechtspopulistische Provokationen der Erinnerungskultur sollten zum Anlass für eine gegenwartsdiagnostische Selbstvergewisserung genommen werden. Es könnte an der Zeit sein, die Erinnerung an Diktatur und Makroverbrechen in den zukunftszugewandten Kontext von Demokratieerinnerung und Demokratieentwicklung zu überführen.

Dr. Michael Kohlstruck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin (Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus). ◄

Ein Platz für Gottfried Kuhnt? Beitrag zu einer Kieler Geschichtsdebatte

Jens Rönnau

Der Kieler Ortsbeirat Ravensberg/Brunswik/Düsternbrook hat im März 2017 beschlossen, einen bisher unbenannten Platz nach dem Juristen und Politiker Dr. Gottfried Theodor Hermann Kuhnt (1884–1964) zu benennen. Es handelt sich um ein dreiecksförmiges Rasenstück, dass sich aus dem doppelten Zusammenlaufen der Straßen Forstweg und Düppelstraße ergibt. Inzwischen gibt es um diese Entscheidung eine öffentliche Kontroverse, in deren Mittelpunkt die Frage steht, ob es vertretbar ist, den Platz nach Kuhnt zu benennen.

Diese Frage würde sich vielleicht weniger stellen, wenn es sich um einen anderen Ort handeln würde, als eben an jener Straßenkreuzung von Forstweg und Düppelstraße. Denn Kuhnt darf als ehemaliges Mitglied der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) unzweifelhaft als Demokrat bezeichnet werden, der sein Mäntelchen angesichts zunehmender Repressalien der Nationalsozialisten nicht bedingungslos in den Wind hängte. Seit 1927 war er Präsident des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts – dieses Amtes wurde er 1933 zusammen mit fast allen anderen OLG-Präsidenten enthoben. Gegen Kuhnt hatte es zudem besonders aus Kieler NSDAP-Kreisen starke Hetze gegeben, da der Jurist an Urteilen gegen Nationalsozialisten beteiligt war und Kontakte zu jüdischen Kreisen unterhielt. 1945 wurde er durch die britische Militärregierung in sein altes Amt wieder eingesetzt, das er mit Unterbrechung durch seine Berufung als erster Justizminister des Landes Schleswig-Holstein von 1946 – 1947 bis 1952 ausübte. In seiner Rolle als Justizminister und OLG-Präsident war Kuhnt auch beteiligt an Wiedereinstellungen oder Begnadigungen belasteter Nationalsozialisten – ein Vorwurf, der von Kritikern der Platzbe-

nennung nach Kuhnt nun besonders angeführt wird.

Einererseits darf dabei allerdings nicht außer Acht lassen, dass es sogar Strategie der Alliierten war, solche wieder einzustellen – in der Hoffnung auf „Umerziehung" und weil die Verwaltungsapparate damals sonst offensichtlich zusammengebrochen wären. Andererseits ist die Frage zu stellen, ob die damals notwendig erscheinenden Begnadigungen von NS-Belasteten heute nicht doch ein Ausschlussgrund für eine ausdrückliche Ehrung sein müssten.

Diese Frage müsste man sich insbesondere an dem geplanten Ort der Benennung nach Kuhnt stellen. Denn dort kommt eine heikle weitere Sachlage hinzu: Der Platz liegt quasi an einer historischen Schnittstelle von nationalsozialistischen Unrechtsorten. Am 12. März 1933, also unmittelbar nach der Machterteilung an Hitler und das NS-Regime, wurde rund 100 Meter entfernt im Forstweg 42 der jüdische Rechtsanwalt und SPD-Stadtverordnete Wilhelm Spiegel (1876–1933) ermordet. Und ab 1936 befand sich „um die Ecke" in der Düppelstraße 23 die Zentrale der Gestapo, wo jahrelang ungezählte Menschen gequält und verfolgt wurden. Sollte ausgerechnet hier ein Mensch geehrt werden, der – aus welchen Gründen auch immer – mit zuständig war für die Wiedereinstellung von NS-Belasteten?

Es gibt seit 1993 in Kiel-Wellsee eine Wilhelm-Spiegel-Straße und 1995 wurde das heutige Standesamt am Rathaus nach ihm benannt. Schon 1947 hatte die Kieler Stadtvertretersitzung das Straßenstück des Forstwegs vor dem Haus des hinterhältigen Mordes nach Spiegel benannt, dies allerdings zwei Monate später auf Bitten der Familie wieder zurückgezogen, weil diese die Haltung vertrat, dass eine solche Ehrung nicht der Wesensart des Geehrten entsprochen hätte.

Um die Benennung dieser Kieler Grünfläche am Zusammentreffen von Forstweg und Düppelstraße dreht sich die Debatte. *Foto: Dr. Jens Rönnau*

Es ließe sich allerdings heute einmal darüber nachdenken, ob denn nicht eine Benennung des Grünflächendreiecks an dieser Schnittstelle von nationalsozialistischem Unrecht nicht doch nach Wilhelm Spiegel benannt werden könnte. Ebenso wäre überlegenswert, ob man diesen Ort nicht einfach – ohne Personennamen – als „Platz der Erinnerung" bezeichnen und auch mit einer Informationsstele näher erläutern könnte. Vor dem einstigen Grundstück von Wilhelm Spiegel liegt heute ein Stolperstein von Gunter Demnig, vor der einstigen Gestapozentrale steht als Mahnzeichen ein Stempel von Melanie Pilz. Beide Orte sind vom noch unbenannten Platz zu sehen.

Dr. Jens Rönnau ist Vorsitzender des Vereins Mahnmal Kilian e.V. und Mitglied im Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein. ◄

Ehrung von Gottfried Kuhnt? Ein falsches Signal

Stephan Linck

In Kiel wird eine Platzbenennung nach Gottfried Kuhnt geplant. Die Rolle Kuhnts während der Weimarer Zeit macht eine solche Benennung nachvollziehbar. Problematisch hingegen ist aus meiner Sicht die Rolle Kuhnts nach 1945. Grundsätzlich ist sein politisches Engagement beim Wiederaufbau der Demokratie zwar zu würdigen. Die Tatsache, dass Kuhnt nach dem Regierungswechsel 1947 auch die Akzeptanz seiner politischen Gegner fand, wie Jessica von Seggern in ihrer Studie „Alte und neue Demokraten in Schleswig-Holstein" feststellte, weist auf eine breite Zustimmung zu seiner Person hin.

Aus heutiger Sicht erscheint allerdings seine Rolle bei der Reintegration von nationalsozialistischen Tätern und konkret den Begnadigungen in den 1950er-Jahren als problematisch. Auch wenn in damaliger Zeit die Begnadigungen verurteilter NS-Verbrecher zur gesellschaftlichen Konsolidierung beitrugen – der Historiker Ulrich Herbert wies zu Recht darauf hin, dass die Integration einer solch hohen Zahl von Mördern in die Gesellschaft, ohne dass diese rückfällig wurden, ein historisch einzigartiger Vorgang war. Damit verbunden war aber eine vielfach bis heute anhaltende Demütigung der Opfer des Nationalsozialismus: Die Gnade, die gegenüber Nationalsozialistischen Tätern gezeigt wurde, wobei diese zumeist nicht einmal eine Einsicht in ihre Schuld gezeigt hatten, verweigerte den Opfern der Verbrechen die Gerechtigkeit – dass die NS-Verbrechen geahndet wurden.

Der Fall, mit dem ich mich eingehender beschäftigt habe, ist der des Kaltenkirchener Pastors und Segeberger Propsts Ernst Szymanowski-Biberstein, der zur SS konvertierte und im Nürnberger Einsatzgruppenprozess als Chef eines Einsatzkommandos zum Tode verurteilt worden war. Grundlage der Verurteilung waren seine eigenen Einlassungen, denen zufolge unter seinem Befehl das Einsatzkommando 9 zumindest zwei- bis dreitausend Menschen ermordet hatte. Das Todesurteil Bibersteins wurde in eine lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt und seine Begnadigung erfolgte schließlich 1958, zusammen mit den letzten in der Festung Landsberg inhaftierten nationalsozialistischen Verbrechern.

Verantwortlich für die Begnadigung war der gemischte Gnadenausschuss, dem Kuhnt angehörte. Dies geschah in einer Zeit, als die gesellschaftliche Mehrheit in der Bundesrepublik NS-Verbrechen bagatellisierte, wenn nicht gar leugnete. Und eben dieses Klima wurde durch die Begnadigungen bedient, anstatt es zu bekämpfen.

Im Fall von Ernst Biberstein geschah die Freilassung, ohne dass dieser ein Schuldeingeständnis gab, geschweige denn Reue für die von ihm begangenen Taten zeigte, sondern stattdessen seine Beteiligung und Verantwortung schlicht leugnete.

Der Fall Biberstein bewegt auch heute noch. In den letzten Jahren gab es mehrfach Schulprojekte, die sich mit dem ungewöhnlichen Lebensweg Bibersteins, dem Handeln der Kirche und den Umständen seiner Freilassung beschäftigten. Hier wurde immer wieder eine – wie ich finde – erfrischende Empörung der Schülerinnen und Schüler spürbar, sowohl über die NS-Verbrechen als auch den beschämenden Umgang mit ihnen nach 1945.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für unglücklich, mit Kuhnt eine Person zu ehren, deren Handeln in der Nachkriegszeit mit der Begnadigung von nationalsozialistischen Tätern wie Szymanowski-Biberstein verbunden ist. Es wäre ein falsches Signal gegenüber den Nachkommen der Opfer des Nationalsozialismus.

Dr. Stephan Linck ist Studienleiter für Erinnerungskultur und Gedenkstättenarbeit an der Evangelischen Akademie der Nordkirche in Hamburg und stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten. ◄

PINNWAND

PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN

„Aus Kiel kann ich dir nichts Erfreuliches mitteilen". Die Landeshauptstadt begeht erstmals den Gedenktag 27. Januar

Seit 1996 begeht die Bundesrepublik den „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus". Mit dieser Bezeichnung hatte damals Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar 1945 – das historische Datum der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch Soldaten der Roten Armee – per Proklamation zum Gedenktag bestimmt. Seither finden landauf, landab rund um den 27. Januar Gedenkveranstaltungen verschiedenster Art statt. Das Datum ist auch längst zum europäischen und internationalen „Holocaust-Gedenktag" aufgestiegen: Die große Mehrheit der europäischen Staaten begeht den Tag und im Jahre 2005 erklärte die Vollversammlung der Vereinten Nationen den 27. Januar zum „International Day of Commemoration in Memory of the Victims of the Holocaust".

In Schleswig-Holstein wird der 27. Januar vom Land jeweils mit einer zentralen Veranstaltung gewürdigt, auch 2018 wird sie wieder im Plenarsaal des Landtages stattfinden (26. Januar, 13:00 Uhr). Auch diverse Städte und Kommunen, Schulen und Vereine, Organisationen und Initiativen im Land treten an diesem Tag mit eigenen Gedenkakten an die Öffentlichkeit, dasselbe gilt für einige Gedenkstätten.

Die Landeshauptstadt Kiel wird nun 2018 erstmals den Gedenktag begehen. Bisher war der 9./10. November, das Datum der Novemberpogrome von 1938, der einzige von der Stadt begangene Gedenktag zur Zeit des Nationalsozialismus. Dass nun auch der 27. Januar in den städtischen Gedenkkalender integriert wird, geht auf eine entsprechende Empfehlung des Begleitausschusses zurück, der nach einjähriger intensiver Arbeit im Herbst 2015 eine „Konzeption zur Weiterentwicklung der Erinnerungskultur" vorlegte. An dem Begleitausschuss waren unter anderem die BGSH und die LAGSH beteiligt.

Die öffentliche Veranstaltung wird am Samstag, 27. Januar 2018, um 14 Uhr stattfinden (Rathaus, Ratssaal, Fleethörn 9, 24103 Kiel). Das Programm sieht nach einem Grußwort von Stadtpräsident Hans-Werner Tovar einen erinnerungskulturellen Ausblick von Gerrit Schirmer, Referent für Erinnerungskultur, auf das Gedenkjahr 1938/2018 vor. Norbert Aust und Jutta Hagemann lesen dann aus Briefen der Eheleute Frymeta (Frida) und Hermann Metzger. Die Lesung steht unter dem Titel „‚Aus Kiel kann ich dir nichts Erfreuliches mitteilen' – Briefe der ‚ostjüdischen' Kieler Familie Metzger". Zur Erläuterung heißt es in der Veranstaltungsankündigung: „Die Briefe aus den Jahren 1939 und 1940 richteten sie an ihre vier älteren Kinder, denen die Emigration nach Palästina gelungen war. Die jüngste Tochter Edith konnte noch mit einem der letzten Kindertransporte gerettet werden. Frida und Hermann Metzger sowie der jüngste Sohn Adolf „Bubi" überlebten den Holocaust nicht. Die Briefe zeugen von der Not einer jüdischen Kieler Familie im Jahr 1939, aber auch vom Bewusstsein über die große und weiter zunehmende Gefahr im nationalsozialistischen Deutschland. Sie sind ein Dokument der verzweifelten und oft vergeblichen Fluchtbemühungen von jüdischen Familien aus Kiel. Die Gedenkstätte Yad Vashem hat die Briefe online bereitgestellt."

Die Gedenkveranstaltung wird beschlossen durch eine Schweigeminute an den Stolpersteinen der Familie Metzger in der Waisenhofstraße 34. *(H.S.)* ◄

„Und was hat das mit mir zu tun?" Claudia Kuhn ist wissenschaftliche Volontärin im Jüdischen Museum Rendsburg

Die Geschichte nutzbar machen für die Gegenwart – das ist ein starkes Motiv für die Arbeit von Claudia Kuhn. Die Historikerin und Pädagogin arbeitet als wissenschaftliche Volontärin im Jüdischen Museum Rendsburg (JMR). Gedenkstätteninteressierte konnten erstmals 2016 auf sie aufmerksam werden, als die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten sie mit dem Wissenschaftspreis ausgezeichnet hat, und zwar für ihre Master-Abschlussarbeit zum Thema „Ermittlungen eingestellt. Schleswig-holsteinische Schlussstrichpraxis in NS-Verfahren der 1960er-Jahre".

Dass die geborene Hamburgerin beruflich den Weg zur Erinnerungskultur einschlagen würde, war anfangs nicht absehbar. Denn zunächst verpflichtete sie sich als Zeitsoldatin bei der Marine, merkte jedoch schnell, dass das nicht das Richtige für sie war. Parallel dazu erwarb sie daher auf dem Zweiten Bildungsweg per Abendgymnasium die Hochschulreife, sodass sie von 2008 bis 2016 das Bachelor- und Masterstudium an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel absolvieren konnte. Sie konzentrierte sich dabei vor allem auf Neuere und Neueste Geschichte und Pädagogik. In ihren beiden Abschlussarbeiten setzte sie sich mit der juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen in Westdeutschland und in Schleswig-Holstein auseinander.

Das Interesse daran, Geschichte für die Gegenwart zu nutzen, war ein Ergebnis eigener Auseinandersetzung: „Impulsgeber für diesen Gedanken", sagt Claudia Kuhn, „waren die Erfahrungen, die ich in verschiedenen internationalen Workcamps an Gedenkstätten in Polen und Deutschland gemacht habe. Dort habe ich mich mit den Teilnehmenden nicht nur mit der Geschichte des Ortes beschäftigt, sondern habe immer auch Workshops zu Themen wie Rassismus, Stereotype und Vorurteile integriert. Das bot Reflexionsangebote für die Teilnehmenden, die häufig mit der Frage ‚Und was hat das mit mir zu tun?' im Gepäck kamen."

Die Historikerin und Pädagogin Claudia Kuhn.
Foto: Jüdisches Museum Rendsburg

„Dieser Frage", so die Volontärin, „versuche ich auch bei meiner Arbeit hier im Museum zu begegnen." So war sie intensiv an der Erarbeitung der seit diesem Sommer (und noch bis 3. Juni 2018) im Jüdischen Museum zu sehenden Sonderausstellung „Die Exodus-Affäre. Schleswig-Holstein und die Gründung Israels" beteiligt. „Besonders wichtig waren mir dabei die Integration eines Gegenwartsbezugs und das Angebot an die Besucher*innen sich Gedanken zu machen, weswegen es auch heute noch wichtig sein könnte, sich mit diesen Themen zu beschäftigen." Bei der Arbeit an der Ausstellung habe ihr besonders „die Kombination der wissenschaftlichen Erarbeitung eines Themas, die inhaltliche

Reduktion für die Ausstellungstexte und das gleichzeitige Mitdenken von Vermittlungsaspekten sehr viel Spaß gemacht".

Claudia Kuhns knapp zweijähriges Volontariat in Rendsburg – das JMR gehört zur Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf – ist Teil eines Projekts, das von der AktivRegion Eider- und Kanalregion Rendsburg mit dem Ziel der „kulturtouristischen Inwertsetzung" gefördert wird. Dabei geht es besonders um die Entwicklung neuer und zeitgemäßer Vermittlungsangebote, die das bisherige Angebot ergänzen und die Region attraktiver für Besucher*innen aus ganz Schleswig-Holstein und Tourist*innen machen sollen.

Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit im JMR liegt auf der Ausarbeitung von Angeboten für Schulklassen. „Dabei orientieren wir uns in erster Linie an den Lehrplänen und den Wünschen der Lehrkräfte, die uns gegenüber geäußert werden. Beides wird in Bezug zu den Inhalten des Museums gesetzt. Seit Ende dieses Jahres laufen unsere neuen Lernwerkstätten für Schulklassen, in denen sich Schüler*innen mit historischen Themen sowie mit Fragen der jüdischen Religion und Kultur beschäftigen und dabei eigene Schwerpunkte setzen."

Die „zweite Geschichte" des Nationalsozialismus, also der Umgang mit der NS-Zeit nach 1945, stellt einen Schwerpunkt ihrer Interessen dar. „Diese Perspektive halte für einen sehr wichtigen Aspekt für die Vermittlungsarbeit. Daher behandeln unsere Angebote immer einen Zeitrahmen, der bis in die Gegenwart reicht." Dieser Ansatz steht auch im Mittelpunkt des Seminars „Erinnerungskultur vor Ort", das Claudia Kuhn derzeit zusammen mit Karen Bruhn an der CAU hält. „In diesem Seminar setzen sich die Studierenden mit unserer Ausstellung auseinander und erarbeiten eigene Beiträge dazu. Die Präsentation ihrer Ergebnisse wird 2018 den Auftakt zum Jubiläumsjahr des Jüdischen Museums bilden – es wird 30 Jahre alt. Dazu haben wir bereits ein umfangreiches Programm geplant, auf dessen Durchführung ich mich jetzt schon sehr freue."

Nach Abschluss ihres Volontariats Ende August 2018 möchte Claudia Kuhn die Arbeit an ihrer Dissertation fortsetzen. Das Thema der Studie lautet: „Motiviert und unerwünscht? Ermittler als handelnde Akteure in schleswig-holsteinischen NSG-Verfahren". Sie wird sich also weiterhin mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen auseinandersetzen – und so vielleicht auch den Gedenkstätten und Erinnerungsorten in Schleswig-Holstein nicht „verloren" gehen. *(H.S.)* ◄

„Mach auf die Tür, das Herz mach weit": Erste Schritte zur inklusiven Gedenkstättenarbeit

Helen Ruck, Hilmar Götze

Durch ihre historisch-politische Arbeit leisten Gedenkstätten einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und Belebung demokratischer Strukturen, indem sie die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen, das Leid der Verfolgten sowie die Komplexität und Schwierigkeiten der Aufarbeitung wachhalten und kontextualisieren. Sie sind konkreter Bestandteil der gesellschaftlichen Identitätsbildung in Deutschland und schaffen einen Zugang zur individuellen Verortung in der Gesellschaft. Häufig allerdings bleiben Gedenkstätten für Menschen mit verschiedenen Behinderungen verschlossen, weil sie nicht als Zielgruppe von Bildungsangeboten erkannt werden oder weil die Einrichtungen nicht barrierefrei gestaltet sind.

Mit dem Projekt „Mach auf die Tür, das Herz mach weit", finanziert aus Mitteln der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, möchte die Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein (HBS) dafür sensibilisieren, diese Ausschlüsse von Menschen wahrzunehmen und gemeinsam mit Akteur*innen und Betroffenen Wege aufzeigen und entwickeln, wie die Gedenkstättenarbeit für Menschen mit verschiedenen Behinderungen geöffnet und eine inklusive Bildungsarbeit realisiert werden kann.

In einem ersten Schritt hat die HBS ein modellhaftes Konzept erstellt, das die menschenrechtliche Bedeutung eines inklusiven Ansatzes beleuchtet, unterschiedliche Zugangsbarrieren identifiziert, verschiedene konkrete Ansatzpunkte benennt und an dem Beispiel von Dr. Carola Rudnicks Arbeit an der „Euthanasie"-Gedenkstätte Lüneburg praxisnahe Zugänge und Formate aufgezeigt.

Gespräche mit Akteur*innen in Schleswig-Holstein haben gezeigt, dass in den Gedenkstätten ein Bewusstsein für die Bedeutung inklusiver Bildungsarbeit vorhanden ist und einzelne Vorhaben in diesem Zusammenhang umgesetzt werden. Es gibt aber diesbezüglich keinen gemeinsamen landesweiten Arbeitsprozess, weswegen die HBS diesen in einem zweiten Schritt anregen und zusammen mit Menschen mit verschiedenen Behinderungen, Vertreter*innen von Behindertenorganisationen sowie Akteur*innen der schleswig-holsteinischen Gedenkstätten ausbauen möchte, um Möglichkeiten, Formen und Umsetzungen inklusiver historisch-politischer Bildungsarbeit zu thematisieren.

Zielsetzungen dieses Arbeitsprozesses bis Mitte 2018 sind inklusive Gruppenbesuche der Gedenkstätten, um aus der Perspektive Betroffener unterschiedliche Formen von Barrieren identifizieren und Verbesserungsvorschläge machen zu können, sowie die Ausrichtung einer Fachkonferenz mit Blick auf die gewonnenen Erfahrungen und Perspektiven.

Es ist konstituierend und von zentraler Bedeutung für dieses Projekt, dass Menschen mit verschiedenen Behinderungen von Anfang an in die Debatten und Entscheidungen zur Gestaltung dieses Arbeitsprozesses und die Darstellung der Ergebnisse einbezogen werden. Wir alle sind Teil der Gesellschaft und wir alle haben eine Stimme. Das anzuerkennen, bedeutet Inklusion.

*Helen Ruck und Hilmar Götze sind Projektmitarbeiter*innen der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein.* ◄

BERICHTE UND INFORMATIONEN

Verabschiedung von Kulturministerin Anke Spoorendonk

Von 2012 bis 2017 amtierte die SSW-Politikerin Anke Spoorendonk als Ministerin für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein. Bereits Monate vor der Landtagswahl vom 7. Mai dieses Jahres hatte sie angekündigt, aus der aktiven Politik auszuscheiden. Nach der letzten von ihr geleiteten Sitzung des Stiftungsrates am 29. Mai in Neustadt/Holstein verabschiedeten der BGSH-Vorstand und Vertreter der LAGSH die Ministerin, um sich für ihr Engagement und die ausgesprochen fruchtbare Zusammenarbeit zu bedanken.

Anke Spoorendonk war in den vergangenen fünf Jahren qua Amt die Vorsitzende des Stiftungsrates der BGSH und hat sich als zuständige Ministerin mit großem Interesse für die Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein eingesetzt. Während ihrer Amtszeit wurden die Landesmittel, mit denen die BGSH einzelne Einrichtungen sowie zahlreiche Projekte fördert, mehr als verdoppelt. Darüber hinaus erhalten die Gedenkstätten im Rahmen einer Vereinbarung des Landes mit der Nordkirche bis 2018 weitere 500.000 Euro.

In enger Zusammenarbeit mit den Gedenkstättenakteuren ist das Landesgedenkstättenkonzept erarbeitet worden, das eine landesweite Strategie zur Erhaltung und Weiterentwicklung der Einrichtungen umfasst. Hauptziele sind die Professionalisierung der Förderstrukturen sowie die Erweiterung der Bildungsangebote. Als ein wichtiger Schritt zur Umsetzung des Konzeptes wurde 2016 die Servicestelle der BGSH eingerichtet. Auf diese Weise konnte die BGSH eine eigene Geschäftsstelle aufbauen und zusätzliche Aufgaben für die Gedenkstätten und Erinnerungsorte unter anderem in den Bereichen Vernetzung und Beratung übernehmen.

Ministerin Anke Spoorendonk bei der Verabschiedung in Neustadt. *Fotos: Wilhelm Lange*

Neben diesen Erfolgen ist auch in den Einrichtungen vor Ort viel erreicht worden, nicht zuletzt durch die Unterstützung der Ministerin und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Insbesondere die Gedenkstätten in Ladelund, Husum-Schwesing und Kaltenkirchen-Springhirsch konnten modernisiert werden, in Ladelund mit anteiliger Bundesfinanzierung. Die

Bürgerstiftung und die Landesarbeitsgemeinschaft dankten Ministerin Anke Spoorendonk herzlich für ihren Einsatz.

Heiter gestimmte Abschieds- und Dankesreden sowie Präsente für die scheidende Ministerin.

Im Namen der Gedenkstätten und Erinnerungsorte drückten Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet für die BGSH und Uta Körby für die LAGSH ihre Hoffnung auf eine auch weiterhin gute Unterstützung des Landes aus, um das Erreichte zu verstetigen und die wichtige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus an den „authentischen" Orten von Terror und Verfolgung im Bereich der historisch-politischen Bildung zu erhalten und auszubauen.

Für die LAGSH überreichte Dr. Jens Rönnau der Ministerin als Erinnerung und Abschiedsgeschenk ein Fotoalbum, gestaltet von Gedenkstätten des Landes. Für die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen warteten Uwe Czerwonka und Indre Schmalfeld ebenfalls mit einem Präsent auf, so auch Karin-Penno-Burmeister namens des Fundrainsing-Projekts ProGedenkstätten und Prof. Fouquet für die BGSH. *(H.S.)* ◄

Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft

Uta Körby

Exkursion nach Bergen-Belsen

Die zweite Jahreshälfte 2017 war für die LAGSH mit der Organisation verschiedener Veranstaltungen eine sehr arbeitsreiche Zeit. Zunächst luden wir unsere Mitglieder und weitere Interessierte am 10. Juni zu einer Exkursion zur Gedenkstätte Bergen-Belsen ein, die ein großes Interesse fand. Gedacht war an eine spezifische Fortbildung zur pädagogischen Vermittlung, viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten aber vor allem die Möglichkeit, diese große Gedenkstätte in Norddeutschland kennenzulernen und sich mit der vielfältigen Geschichte des Lagers zu beschäftigen.

Das Häftlingslager hatte zu verschiedenen Zeitpunkten von 1940 bis 1945 unterschiedliche und sich teilweise überlagernde Funktionen, je nach Belegung mit verschiedenen Häftlingsgruppen: Ursprünglich ab 1935 ein Truppenlager der Wehrmacht, wurde hier nach Kriegsbeginn 1939 ein Lager für belgische, französische und – nach dem Überfall auf die Sowjetunion – vor allem für sowjetische Kriegsgefangene eingerichtet. Zeitweilig war es ein Austauschlager für jüdische Häftlinge und Durchgangslager für polnische Zwangsarbeiterinnen. Im April 1943 wurde das Gelände um das Konzentrationslager erweitert, das spätestens seit 1944 ein Sterbelager war. Hier starb auch Anne Frank im März

1945, nur wenige Wochen vor Kriegsende. Die britischen Truppen fanden bei der Befreiung im April 1945 rund 60.000 Häftlinge vor. Viele von ihnen starben noch unmittelbar nach der Befreiung. Insgesamt wird die Anzahl der Todesopfer auf über 50.000 geschätzt.

Teilnehmer/innen der Exkursion in Bergen-Belsen beim Ausprobieren der digitalen Geländeguides und vor einem topografischen Modell des Lagers.
Fotos: Dr. Jens Rönnau

Wegen der Seuchengefahr wurden die Holzbaracken des KZ Bergen-Belsen von den Briten niedergebrannt. Die Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem ehemaligen Lagergelände war ein langwieriger Prozess. 1952 wurden die Massengräber auf dem Gelände als Gedenkstätte offiziell eingeweiht. Seit 1966 gab es ein Dokumentenhaus, aber ohne wissenschaftliches und pädagogisches Personal. Erst 2007 wurde ein Neubau für ein großes Dokumentations- und Besucherzentrum errichtet.

Bei unserer Exkursion hatten wir Gelegenheit, das Gelände und das Dokumentenhaus zu besichtigen. Unsere Gruppe wurde von Katrin Unger und Christian Wolpers vom Bereich Pädagogik und Fortbildung der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten geführt. Stephanie Billib, unter anderem Leiterin des Projekts „Digitale Strategien", erläuterte uns die Funktionsweise eines elektronischen Geländeguides, also eines mit entsprechender Software ausgestatteten Tablets, bei der Erkundung des ehemaligen Lagergeländes. Über das Für und Wider dieses Mediums für die Vermittlungsarbeit auf Gedenkstätten wurde anschließend eingehend diskutiert.

Tagesseminar zum Projektmanagement

Einen anderen Schwerpunkt zur Professionalisierung der Arbeit von Gedenkstätten setzte das eintägige Seminar zum Projektmanagement, das von Katharina Perrey-Holldorf von der Servicestelle der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) in Kooperation mit der LAGSH am 16. Juni im Nordkolleg Rendsburg veranstaltet wurde. Es ging dabei darum, sich mit den Strukturen der alltäglichen Arbeit auseinanderzusetzen, um die Planung im Team zu optimieren. Angeleitet wurden die Teilnehmer und Teilnehmerinnen dabei von der Berliner Historikerin und Trainerin Grit Gierth. Auch für ‚alte Hasen' brachte diese engagiert durchgeführte Fortbildung neue Erkenntnisse oder schuf zumindest ein geschärftes Bewusstsein dafür, welche Schritte bedacht werden müssen, um den Erfolg der eigenen Arbeit zu sichern. Gern hätte man dieser Veranstaltung einen größeren Teilnehmerkreis gewünscht. Gedacht war dieses Angebot vor allem für Teams, die ehrenamtlich Gedenkstättenarbeit leisten und sich eine größere Professionalität wünschen (siehe auch den Bericht in diesem NEWSLETTER).

Landesgedenkstättentagung

Im September fand die diesjährige Landesgedenkstättentagung in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente statt. Die LAGSH war – wie in den Vorjahren – an der Themenfindung, Planung und Durchführung beteiligt. Das langfristig vorbereitete Thema „Gedenkstätten und die Herausforderung des

Rechtspopulismus" ist von großer Aktualität und wurde aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Welche Aufgaben sich den Gedenkstätten dabei stellen, wie sie sich im gesellschaftspolitischen Prozess verorten und welche Handlungsmöglichkeiten sich für ihre Vermittlungsarbeit eröffnen, wurde in verschiedenen Workshops untersucht (siehe hierzu auch den Beitrag in diesem NEWSLETTER).

Erfreulich war die Botschaft der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien, dass auch unter der neuen Landesregierung die Mittel für die Gedenkstättenförderung nicht nur erhalten bleiben, sondern sogar noch um fast 25 Prozent gesteigert werden sollen. Frau Prien, erst seit Juni im Amt, hatte sofort die Einladung zur Landesgedenkstättentagung angenommen und in ihrem Grußwort energisch die Äußerungen des AfD-Politikers Alexander Gauland zurückgewiesen, in denen dieser unter anderem „das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen", betont hatte.

Tagung „Haben Gedenkstätten ein politisches Mandat?"

Eine Fortsetzung der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen durch neue und alte Formen des Rechtspopulismus bot die zweitägige Tagung der LAGSH am 24./25. November in Rendsburg mit dem Titel „Haben Gedenkstätten ein politisches Mandat?" Hierzu hatte sich eine erfreulich große Zahl von Interessierten auch über den engeren Kreis der Gedenkstätten-Akteure hinaus angemeldet. Der öffentliche Auftaktvortrag von Dr. Marcus Meyer, wissenschaftlicher Leiter des Denkortes Bunker Valentin in Bremen, fand im Jüdischen Museum Rendsburg (JMR) statt. Die Besucher hatten Gelegenheit, sich vorher die neue Ausstellung über „Die Exodus-Affäre – Schleswig-Holstein und die Gründung Israels" anzusehen. Sachkundige Hintergrundinformationen erhielt das Publikum durch die Einführung von Claudia Kuhn, derzeit wissenschaftliche Volontärin am JMR (die Ausstellung ist noch bis zum 3. Juni 2018 zu sehen).

Uta Körby begrüßt eröffnet die Tagung (oben), die mit einem Vortrag von Dr. Marcus Meyer (Mitte) begann. In mehreren parallelen World-Cafés diskutierten die Teilnehmer/innen Aspekte des Themas.
Fotos: Dr. Jens Rönnau

In seinem Vortrag mit dem Titel „Neues Selbstverständnis von Orten der Erinnerung an den Nationalsozialismus – welches politische Mandat haben Gedenkstätten?" zeigte Marcus Meyer die historische Entwicklung vom „ererbten Mandat" zu einem „erkauften Mandat" auf, für die die Gedenkstätten und Erinnerungsorte in unserer Gesellschaft stehen. Er

forderte nachdrücklich dazu auf, stärker das eigene Mandat in dem gesellschaftlichen Diskursprozess zur Abwehr des Rechtspopulismus wahrzunehmen. Er bezog seine Forderungen vor allem auch auf die großen Gedenkstätten, die sich stärker öffentlich positionieren sollten. Der erst seit 2015 bestehende Denkort Bunker Valentin war im Dezember Ziel rechtsextremer Schmierereien. Die Thesen von Marcus Meyer fanden große Zustimmung unter den Anwesenden, die in der anschließenden Diskussion von eigenen Erfahrungen berichteten.

Ein weiterer Vortrag am zweiten Seminartag konnte nur verlesen werden, da die Referentin, die Historikerin Cornelia Siebeck, Berlin, kurzfristig erkrankt war. Auch sie plädiert für ein politisches Mandat der Gedenkstätten in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung und sieht die Rolle der Erinnerungsorte vor allem darin, Räume des öffentlichen Diskurses zu schaffen.

Prof. em. Bernhard Schwichtenberg referierte in dem Workshop zum Thema „politische Funktion von künstlerischer Intervention".
Foto: Dr. Jens Rönnau

Wie diese Aufgaben wahrgenommen und an verschiedenen Orten umgesetzt werden können, wurde in drei Workshops erörtert:

- Dr. Carola Rudnick, Leiterin der „Euthanasie"–Gedenkstätte Lüneburg, zeigte an sehr konkreten Beispielen auf, wie das Thema Menschenrechte als „inklusives Geschichtslernen" am externen Lernort der Gedenkstätte behandelt werden kann und stellte den Workshopteilnehmern die ausgearbeiteten Materialien zur Verfügung.
- Christine Eckel, Historikerin und Generalsekretärin der Amicale Internationale KZ Neuengamme, war durch ihre Funktion in dem Interessenverband dazu prädestiniert, in dem von ihr geleiteten Workshop die „politische Legitimierung durch das Selbstverständnis der Akteure" darzustellen.
- In einem weiteren Workshop ging es um die „politische Funktion von künstlerischer Intervention". Prof. Bernhard Schwichtenberg, bekannter bildender Künstler aus Kiel, sowie der Kunsthistoriker Dr. Jens Rönnau vom Flandernbunker in Kiel, erläuterten dazu Möglichkeiten mit vielen Beispielen aus ihrer eigenen Praxis.

Blick in den Tagungsraum im Nordkolleg Rendsburg.
Fotos: Dr. Jens Rönnau (oben), Dr. Harald Schmid

Die Wortmeldungen in der Abschlussrunde der Rendsburger Tagung zeigten, dass das Thema noch lange nicht ausgeschöpft ist und Fortsetzungsveranstaltungen auf ein großes Interesse treffen würden. Die LAGSH wird sich um

weitere Angebote zu diesem Themenkomplex bemühen.

Bundesgedenkstättenkonferenz

Einmal jährlich findet bundesweit ein Jahrestreffen mit Delegierten der großen Gedenkstätten, der Landesarbeitsgemeinschaften und der Landeszentralen für politische Bildung der verschiedenen Bundesländer statt. Vor zwei Jahren war die LAGSH Ausrichterin des vierten Treffens in Kiel. In diesem Jahr fand die sechste Bundesgedenkstättenkonferenz vom 6. bis 8. Dezember in Halle/Saale statt.

Im Rahmen des Delegiertentreffens des FORUMs der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und –initiativen in Deutschland (FORUM) wurden in Halle neben aktuellen Berichten aus den einzelnen Bundesländern der Entwurf eines gemeinsamen Flyers vorgestellt. Hauptanliegen des FORUMs ist es, die Interessen der kleinen und mittelgroßen, meist dezentral gelegenen Einrichtungen auf Bundesebene zu vertreten und so auch, sich für verbesserte Förderung durch Bundesmittel einzusetzen. Das Gesamtthema der dreitägigen Veranstaltung bezog sich auf Bildungsangebote. Es geht dabei um eine größere Professionalität in der Vermittlungsarbeit, die mit Blick auf nachfolgende Generationen zunehmend zu einer entscheidenden Frage wird. Hierbei zeigt sich, dass die kleineren Gedenkstätten durch ihre räumliche Nähe zu Schulen in der Region durchaus Vorteile gegenüber den großen Gedenkstätten wie Sachsenhausen oder Dachau mit dem dort zu beobachtenden ‚Massentourismus' haben können. Voraussetzung dafür ist aber eine institutionelle Absicherung und die Bereitschaft, Weiterbildungsangebote zur pädagogischen Vermittlung in der Gedenkstättenarbeit wahrzunehmen.

Vorschau

Für das Jahr 2018 stehen bereits im Januar Veranstaltungen der LAGSH an. Am 12. Januar findet in Ahrensbök in Kooperation der Gedenkstätte Ahrensbök und der LAGSH eine Regionalkonferenz statt. Das Ziel besteht darin, die Existenz der Einrichtung durch die Unterstützung von Kreis und Kommunen nachhaltig zu sichern. Eine dauerhafte, institutionell abgesicherte Förderung zu erhalten ist eine Aufgabe, vor die sich auch andere, bislang nur oder überwiegend ehrenamtlich geführte Einrichtungen gestellt sehen.

Dieses gemeinsame Anliegen soll ebenfalls in einer Veranstaltung mit den Politikern aller Landtagsfraktionen vertreten werden: In Kooperation mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung Schleswig-Holstein, der schleswig-holsteinischen Arbeitsgruppe des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie" sowie der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten und der LAGSH findet am 30. Januar 2018 im Landeshaus in Kiel eine öffentliche Podiumsdiskussion statt. Alle Fraktionen haben ihre Teilnahme zugesagt. Ministerin Karin Prien wird ein Grußwort halten. Moderiert wird die Veranstaltung von Lena Gürtler vom NDR (siehe dazu den Beitrag in diesem NEWSLETTER).

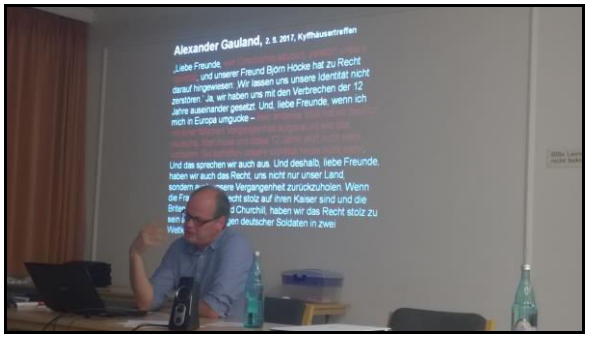
Uta Körby ist Vorsitzende des Sprecherrates der LAGSH und Beisitzerin im Vorstand des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch. ◄

Impressionen von der 11. Landesgedenkstättentagung in Schleswig-Holstein

Vom 15. bis 17. September fand die diesjährige Landesgedenkstättentagung in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente statt. Das Tagungsthema rückte die Gegenwart in den Fokus: „Zwischen Vergangenheit und Gegenwart: Gedenkstätten und die Herausforderungen des Rechtspopulismus". Nach dem Eröffnungsvortrag des Berliner Politikwissenschaftlers Dr. Michael Kohlstruck setzten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Podiumsdiskussionen, Workshops, einem Filmabend und vielen informellen Gesprächen mit dem Thema auseinander. Abschluss der Tagung war der erstmalige Besuch von Ministerin Karin Prien, in deren Ressort auch die Gedenkstätten fallen.

Erste Sitzung des Vorbereitungsteams für die 11. Landesgedenksttätentagung im September 2016 (o.) und Nachbereitung der Tagung im Oktober 2017.
Fotos: Dr. Harald Schmid (o.), Dr. Jens Rönnau

Ministerin Karin Prien bei ihrem ersten Austausch mit der schleswig-holsteinischen Gedenkstättenszene. .
Foto: Dr. Jens Rönnau



Blick ins Plenum der Tagung (o.), Dr. Eckhard Pabst bei der Einführung in den Filmabend (Mitte) und der Bericht über die Workshops (v.l.): Heino Schomaker, Dr. Thomas Lutz, Thomas Käpernick, Gerrit Schirmer und Dr. Jens Rönnau.
Fotos: Dr. Harald Schmid ◄

Feierliche Eröffnung der neugestalteten KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

Nach über dreijähriger Vorbereitung konnte am 18. und 19. November die neugestaltete KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund mit einer großen Eröffnungszeremonie feierlich eröffnet werden (siehe dazu auch die nachfolgenden Beiträge von Maria Bering und Raimo Alsen). Zur feierlichen Eröffnung am 18. November kamen 250 Gäste, darunter viele Teilnehmer/innen aus den Niederlanden, die sich auch am Tag darauf im Rahmen des traditionellen Ladelunder Treffens am Volkstrauertag mit der Neugestaltung auseinandersetzten. Die Eröffnung fand in dem direkt neben dem Dokumentenhaus gelegenen neuen Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Ladelund statt.

Während der Eröffnungsfeier (oben), die Dr. Kay-Ulrich Bronk moderierte (u.l.). Unten im Gespräch mit Janny van Roon, Tochter eines Ladelund-Opfers, übersetzt vom ersten Vorsitzenden der Puttener Stichting Oktober 44, Jan Nui van den Hoorn.
Fotos: Thomas Lorenzen

Grußworte von allen Geldgebern des Projekts (v.o.): Ministerin Karin Prien für das Land Schleswig-Holstein, Dr. Stephan Linck für die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten und Gothart Magaard, Bischof im Sprengel Schleswig und Holstein der Nordkirche. Kuratorin Dr. Angelika Königseder und Gedenkstättenleiter Raimo Alsen führten ein in das Konzept der Neugestaltung (u.). ◄

Zielpunkt Humanum. Grußwort zur Eröffnung der neugestalteten KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

Maria Bering

Ich darf Sie alle herzlich begrüßen und danke Ihnen sehr für die Einladung zur Wiedereröffnung der Gedenk- und Begegnungsstätte hier in Ladelund. Von Frau Staatsministerin Monika Grütters möchte ich herzliche Grüße ausrichten, sie ist heute leider an anderer Stelle gebunden. Wie Sie wissen, ist es Frau Grütters ein besonderes Anliegen, gerade die Bildungsarbeit in den Gedenkstätten zu stärken – in einer Zeit, in der geschichtliches Verständnis und Bewusstsein so viel beitragen können zum solidarischen und respektvollen Miteinander in der Gesellschaft.

Maria Bering bei ihrem Grußwort für die Bundesregierung. *Foto: Thomas Lorenzen*

Und auch in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund können die Besucherinnen und Besucher viel lernen über das System und die Ideologie des Nationalsozialismus. Insbesondere die ausbeuterische und menschenverachtende Politik der Nationalsozialisten während der letzten Kriegsmonate wird hier eindringlich dokumentiert.

Denn das Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme diente der Errichtung des sogenannten Friesenwalls – also dem Bau von Stellungssystemen und Panzerabwehrlinien an der Nordseeküste und an der dänischen Grenze zum Schutz vor einer Invasion der Alliierten; eine militärisch zum späten Zeitpunkt des Kriegs sinnlose – und wegen des massenhaften Einsatzes von Zwangsarbeitern außerordentlich grausame – Maßnahme, die viele Todesopfer gefordert hat.

Die Gedenkstätte steht aber auch für die vielen in sich widersprüchlichen Biografien vieler Deutscher während und nach der Zeit des Nationalsozialismus. Dies lässt sich an dem Beispiel von Johannes Meyer, dem Pastor der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Ladelund ab 1938, veranschaulichen. Dieser war überzeugter Nationalsozialist, trat schon 1930 in die NSDAP ein. Doch mit der Verschleppung der Männer aus Putten im Jahr 1944 hierher in das KZ-Außenlager Ladelund erkannte er Schuld und Verbrechen, die im deutschen Namen vollbracht wurden.

Er erkannte aber auch, dass die Schuld uns alle betraf und tat das mindeste, das einem Pastor zusteht: Er beerdigte einige der in dem KZ-Außenlager Ladelund zu Tode gekommenen Opfer und legte nach Kriegsende einen Ehrenfriedhof an. Dann aber ging er den entscheidenden Schritt weiter und suchte Kontakt zu den Angehörigen und initiierte Möglichkeiten des Gedenkens.

Eine Biografie also, die zur Auseinandersetzung mit der Verantwortung des Einzelnen auffordert und darauf verweist, welche Energie aus der Erkenntnis historischer Zusammenhänge und auch aus der Selbsterkenntnis erwachsen kann.

Die Bundesregierung ist sich ihrer immerwährenden historischen Verantwortung bewusst, an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern und die Verbrechen der Nationalsozialisten weiterhin schonungslos aufzuarbeiten. In diesem Bewusstsein fördert die Bundesregierung bundesweit sowohl institutionell als auch projektbezogen Gedenkstätten und Erinnerungsorte, die die nachfolgenden Generationen über das Geschehene aufklären und informieren. Für die Weiterentwicklung der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund konnten aus dem Haushalt der Staatsministe-

rin für Kultur und Medien 250.000 Euro zur Verfügung gestellt werden.

Wir haben das gerne getan, nicht nur wegen der inhaltlich überzeugenden Konzeption. Die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund ist darüber hinaus ein beeindruckendes Beispiel für ein intensives und fruchtbares Zusammenwirken von bürgerschaftlichem – ehrenamtlichem wie hauptamtlichem – Engagement und kirchlicher sowie staatlicher Unterstützung. Als integraler Bestandteil der gewachsenen Gedenkkultur wird bürgerschaftliche Unterstützung aus der Mitte der Gesellschaft in der – für die bundesseitige Förderung maßgeblichen – Gedenkstättenkonzeption des Bundes besonders gewürdigt.

Gerade im Bereich der NS-Aufarbeitung hat bürgerschaftliches Engagement maßgeblich zu der Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft beigetragen, Debatten initiiert und so befördert, dass diese Erinnerungskultur heute Teil der Staatsräson ist. Anhaltendes bürgerschaftliches Engagement vor Ort bringt Triebkraft, Ideengeber und Querdenker hervor und trägt auch bei öffentlich finanzierten Gedenkstätten und Erinnerungsorten maßgeblich zum Gelingen von Vorhaben oder Projekten bei – wie hier in Ladelund zu beobachten.

Ich erlaube mir an dieser Stelle aus der Rede von Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen im Jahr 2015 zu zitieren: „Wir spüren, dass Erinnerung unseren Blick nicht nur zurück in die Vergangenheit lenkt, sondern dass es immer auch um Gegenwart und Zukunft geht. Wer in der Zukunft ‚in Wahrheit' leben will, der braucht ein aufrichtiges und der Wahrheit verpflichtetes Erinnern, eines, das den Menschen zum Menschen macht – so, dass er das Leid seines Nächsten nicht gleichgültig hinnimmt, sondern es zu lindern oder zu beenden versucht, wo immer das möglich ist. So bildet das Humanum den eigentlichen Zielpunkt für Erinnerung und Gedenken."

Hier in Ladelund wurde gemeinsam ein Ort geschaffen, der einen wichtigen Beitrag zur Erinnerung an die Opfer, zur Versöhnung mit Überlebenden und Angehörigen, zur Völkerverständigung und zur Vermittlung der hier stattgefundenen Verbrechen an nachfolgende Generationen leistet.

Ihrem außerordentlichen und nachhaltigen Engagement ist es zu verdanken, dass über die Jahrzehnte ein enges Vertrauensverhältnis insbesondere zu den Angehörigen der Opfer erwachsen ist. So konnte der Ort für die Angehörigen zu einem wichtigen Bezugspunkt ihres Gedenkens werden. Dies, lieber Herr Raimo Alsen und mit Ihnen all Ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter, ist Ihr bleibendes Verdienst und dies verdient besondere Anerkennung. Sie leben das Humanum im Sinne Gaucks als Zielpunkt für Erinnern und Gedenken.

Für Ihre weitere Arbeit in der neu eröffneten KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund wünsche ich Ihnen anhaltend viel Schwung, Erfolg, Unterstützung durch die Kirche, den Landtag und die Landesregierung und große Resonanz durch die Besucherinnen und Besucher!

Maria Bering ist Gruppenleiterin bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM). ◄

„Das KZ im Dorf." Zur Konzeption der neuen Dauerausstellung in Ladelund

Raimo Alsen

Nach mehr als drei Jahren intensiver Arbeit war es am 18. November endlich soweit: Die neue Ausstellung der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund wurde eröffnet. Sie trägt den Titel „Das KZ im Dorf. Geschichte und Nachgeschichte des Außenlagers Ladelund". Die Modernisierung umfasst ein zeitgemäßes Konzept für die Innenausstellung im Dokumentenhaus und eine Vernetzung der verschiedenen historischen Orte der Gedenkstätte.

Die erste Dauerausstellung in Ladelund bestand bereits seit 1990 auf der Basis einer Wanderausstellung, die Flensburger Schülerinnen und Schüler unter der Leitung von Dr. Jörn-Peter Leppien in den 1980er-Jahren erstellt hatten. Es handelte sich um eine inhaltlich gute Ausstellung, die Vermittlungsform reiner Text- und Bildtafeln war allerdings in die Jahre gekommen. Natürlich gab es in den letzten 27 Jahren nicht nur neue didaktisch-methodische Überlegungen, auch die technischen Möglichkeiten haben sich erheblich weiterentwickelt. Unter der Leitung von Karin Penno-Burmeister konnte die Gedenkstätte zu einem wichtigen außerschulischen Lernort für viele Schulen in der Umgebung ausgebaut werden, und auch Konfirmanden, Soldaten, Studierende und Touristen besuchten inzwischen das Dokumentenhaus regelmäßig. 2006 konnte das Dokumentenhaus räumlich erweitert werden. Ideale Voraussetzungen also, um nun auch die Ausstellungskonzeption auf einen aktuellen Stand zu bringen.

Raimo Alsen begrüßt die Gäste der Eröffnungsfeier in der neuen Ausstellung (o.). Blick in den Hauptraum der Dauerausstellung in Ladelund.
Fotos: Thomas Lorenzen (o.), Inke Raabe.

Seit Ende 2014 war die Berliner Historikerin Dr. Angelika Königseder als Kuratorin mit der inhaltlichen Erarbeitung der Konzeption beschäftigt. Sie forschte in Archiven, knüpfte Netzwerke, führte Gespräche mit Zeitzeugen und Angehörigen und erstellte – in enger Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen vor Ort – Ausstellungstexte und konkretere Vorstellungen für die Umsetzung. Im Herbst 2016 wurde mit dem Hamburger Gestaltungsbüro gwf-ausstellungen ein kompetenter und erfahrener Partner für die Neugestaltung gefunden.

Kein einfache Aufgabe, vor allem aus zwei Gründen: Zum einen sollte die neue Ausstellung viersprachig werden, zum anderen sollte die Geschichte eines Ortes präsentiert werden, an dem viele Spuren verschwunden sind.

Die neue Ausstellung ist viersprachig gestaltet, um deutsche, englische, niederländische und dänische Besucher/innen umfassend zu informieren.
Foto: Thomas Lorenzen

Die Viersprachigkeit der Ladelunder Ausstellung war unumgänglich. Deutsch und Englisch sind heutzutage Standard. In einer Ausstellung nur etwa fünf Kilometer südlich der däni-

schen Grenze ist auch Dänisch unumgänglich. Und aufgrund der Geschichte und der besonderen Nachgeschichte – mit engen Verbindungen in die Niederlande – konnte auch auf Niederländisch nicht verzichtet werden. Wie soll man aber vier Sprachen auf Ausstellungstafeln unterbringen, ohne diese textlich zu überfrachten? Der Vorschlag von gwf-ausstellungen: Man teilt das Tafelsystem in zwei Ebenen auf. Auf einer ersten Tafel, einer „Decktafel", werden nur Dokumente und Fotos mit einer kurzen Bildunterschrift sowie ein aussagekräftiges Zitat zum jeweiligen Thema gezeigt. Dahinter befindet sich dann pro Sprache eine „Schiebetafel", auf der neben den Thementexten die ausführlichen Bildbeschreibungen zu finden sind. Nicht nur wird durch dieses System das Problem der textlichen Überfrachtung gelöst, es gibt auch den positiven Nebeneffekt, dass die Besucherinnen und Besucher selbst tätig werden müssen, um sich die Informationen anzueignen. Sie werden also aktiviert, zunächst Fragen an Dokumente, Bilder und das Zitat zu stellen und sich dann mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Teil der Neugestaltung sind auch Informationstafeln an den einzelnen historischen Orten, hier bei den Gräbern der 300 Opfer auf dem Friedhof.
Foto: Inke Raabe.

Das zweite Problem der „Spurenarmut" in Ladelund gilt vor allem für den zentralen Teil der sechswöchigen Geschichte als Konzentrationslager. Aus dieser kurzen Zeit ist nur ein einziges Foto bekannt: eine Luftaufnahme der Royal Air Force. In dem Lager wurden nach dem Krieg Flüchtlinge untergebracht, die Baracken später dann nach und nach verkauft und abgerissen. Seit den 1970er-Jahren wird das Gelände landwirtschaftlich genutzt, erst 1985 wurde ein kleines Stück gepachtet und ein Gedenkstein aufgestellt. Der zentrale Gedenkort, die Gräber der 300 Männer, die das Lager nicht überlebten, besteht bis heute, wurde aber auch neu gestaltet. Der Panzerabwehrgraben, den die Häftlinge ausheben mussten, wurde zugeschüttet oder ist eingefallen, nur ein kleines Teilstück wurde 2011 wieder hergestellt. Die Vor- und Nachgeschichte des Konzentrationslagers ist hingegen relativ gut dokumentiert.

Um die Geschichte des Konzentrationslagers ohne viele Dokumente und Fotos trotzdem darstellen zu können, sind als zentraler Bestandteil der neuen Konzeption Video- und Hörstationen installiert worden. Im Zuge der Recherchen ist es außerdem gelungen, mit Hilfe des archäologischen Landesamtes einige Fundstücke auf dem ehemaligen Lagergelände sicherzustellen. Dazu gehören Häftlingsmarken, Löffel und Uniformteile der Wachmannschaften. Auch diese wurden in die Decktafeln integriert.

Durch die Vorschläge der Ausstellungsgestalter aus Hamburg ist es gelungen, die zwei zentralen Herausforderungen zu meistern. Doch auch weitere Herausforderungen warteten. Natürlich sollte eine moderne Ausstellung auch Differenzierungsmöglichkeiten bieten. Die Besucherstruktur reicht von sehr jungen Besucherinnen und Besuchern ohne Vorkenntnisse über Menschen, die eher zufällig auf die Gedenkstätte stoßen, bis hin zu solchen, die viel Zeit und Hintergrundwissen mitbringen. Wer sich die Texttafeln anschaut, hat zunächst alle wichtigen Informationen erhalten. Dabei sind diese so gestaltet, dass man nicht unbedingt eine bestimmte Reihenfolge einhalten muss und gegebenenfalls auch Themen auslassen kann. Wer aber bei bestimmten Themen noch zusätzliche Informationen erhalten möchte, kann diese in PC-Vertiefungsstationen finden. Darüber hinaus gibt es künftig in Biografiebüchern oder PC-

Stationen viele Lebensgeschichten verstorbener und überlebender Häftlinge zu finden.

Die Vernetzung der verschiedenen historischen Orte (ehemaliges Lagergelände, historischer Ort der Zwangsarbeit, die Gräber und – insbesondere durch die Nachgeschichte – auch die Kirche) erfolgt durch ein Wegeleitsystem. Auf viersprachigen Außentafeln sind jetzt auch die wichtigsten Informationen an den genannten Orten zu finden. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, auf der neugestalteten Website der Gedenkstätte einen Audioguide herunterzuladen, in dem Dorfbewohner und überlebende Häftlinge zu Wort kommen.

Insgesamt liegt der große Gewinn der neuen Ausstellung in den vielfältigen Zugängen, mit denen die Geschichte des Ortes vermittelt wird. Damit ist sie auf dem neuen Stand methodisch-didaktischer Überlegungen und gut gerüstet für die verschiedenen Herausforderungen an die Gedenkstättenarbeit mehr als 70 Jahre nach Kriegsende.

Als Leiter der Gedenkstätte möchte ich an dieser Stelle nicht verpassen, allen zu danken, die zum Gelingen der Ausstellung beigetragen haben. Die Unterstützung war vielfältig und reichte von Italien über die Niederlande bis Dänemark – dazwischen natürlich ganz besonders in Schleswig-Holstein. Voraussetzung für die Modernisierung war die Förderung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, das Land Schleswig-Holstein, die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten und den Kirchenkreis Nordfriesland. Allen Förderern natürlich ein ganz besonderer Dank.

Raimo Alsen ist Leiter der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund. ◄

60 Jahre nach der Einweihung. Gedenkfeier auf dem Husumer Ostfriedhof

Johanna Jürgensen

Am 28. April 2017 stellte der Kreis Nordfriesland die neugestaltete und erweiterte KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers in Schwesing mit der Außenausstellung und dem Besucherzentrum „Haus der Gegenwart" der Öffentlichkeit vor. Viele interessierte Jugendliche und Erwachsene nehmen seither verstärkt die Gelegenheit wahr, sich zu informieren und der Menschen zu gedenken, die dort als Zwangsarbeiter zu Tode kamen.

Die Leichen der 300 Männer und Jugendlichen, die in der Zeit von Ende September bis Ende Dezember 1944 im Husumer Außenlager des KZ Neuengamme umkamen, wurden auf dem Husumer Ostfriedhof in Massengräbern beerdigt. Am 17. November 1957 weihte die Stadt diese Grabstelle als Gedenkort ein.

Genau 60 Jahre nach diesem Ereignis, am 17. November dieses Jahres, luden die Stiftung Nordfriesland, der Freundeskreis der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing und die Christusgemeinde in Husum zu einer Gedenkfeier ein. Rund 70 Personen folgten der Einladung zu der Veranstaltung am Gedenkort, die der Husumer Posaunenchor musikalisch begleitete.

Die Gedenkfeier auf dem Husumer Ostfriedhof.
Foto: Johanna Jürgensen.

Als Vorsitzende des Freundeskreises führte Maria Jepsen durch die Gedenkveranstaltung. Sie erinnerte an das Leid der KZ-Häftlinge und die Notwendigkeit einer gut ausgebauten Gedenkstättenarbeit. Sie wiederholte ihre Forderung nach einer besseren Beschilderung der Erinnerungsorte, insbesondere in der Stadt Husum selbst.

In einer emotionalen Rede nahm der Landrat des Kreises Nordfriesland Dieter Harrsen Bezug zur aktuellen politischen Lage in der Bundesrepublik. Das massive Wiedererstarken des Rechtspopulismus bis hin zum Rechtsextremismus sei Anlass zu größter Sorge. Unumwunden gab er zu, dass er sich nie hätte vorstellen können, dass es nach den bitteren Erfahrungen des Nationalsozialismus wieder einen Rechtsruck in der deutschen Bevölkerung geben könne. In diesem Zusammenhang lobte er den derzeitigen Ausbaustand der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing sowie das Vermittlungskonzept und bezeichnete die Gedenkstätte als hervorragend gelungen. Sie stelle jedoch kein finales Ergebnis dar, sondern könne und müsse immer weiterentwickelt werden.

Der Husumer Bürgervorsteher Peter Empen erinnerte in seiner Rede eindringlich an die düsteren drei Monate des Bestehens des KZ in der Gemarkung Engelsburg bei Schwesing und den menschenverachtenden Umgang mit den KZ-Häftlingen. Alles war ungenügend, so Empen: das Essen, die Kleidung, die ärztliche Versorgung, die Hygiene und die Unterkünfte in den zugigen Baracken. Hinzu kam die Zwangsarbeit, die von Gewalt und unmenschlichen Arbeitsbedingungen geprägt war. Diese Situation hätte auf Dauer keiner überleben können und somit wurde der Tod aller Häftlinge seitens der SS und der Lagerleitung billigend in Kauf genommen. Ein würdiges Gedenken an die Ereignisse und die Opfer sei notwendig, auch deshalb, damit so etwas nie wieder passiert.

Im Anschluss an die Reden legten die Repräsentanten des Kreises Nordfriesland und der Stadt Husum Kränze auf der Grabstelle nieder. Danach waren alle Teilnehmer/innen der Gedenkveranstaltung zu Kaffee und Kuchen ins nahegelegene Bonhoeffer-Gemeindehaus eingeladen. Die Gedenkfeier fand positiven Anklang bei den Besuchern und hat dafür gesorgt, dass der Ostfriedhof als Gedenkort für die Opfer von Husum-Schwesing mehr ins Bewusstsein gerückt ist. Vielleicht finden nun auch mehr Interessierte den Weg zum Gedenkort auf dem Husumer Ostfriedhof. Vor Ort können sie sich inzwischen auch anhand einer großen Tafel informieren, die die Stiftung Nordfriesland in diesem Jahr neben der Grabstelle aufgestellt hat, ermöglicht durch eine Projektförderung der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten.

Johanna Jürgensen ist Geschäftsführerin der Stiftung Nordfriesland. ◄

„Es ging nur ums nackte Überleben". Ein Überlebender besuchte die KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing

Johanna Jürgensen

Auf dem Außenlagertreffen in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme am 3. November dieses Jahres kam ein für die KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing wichtiger Kontakt zustande: Die Niederländerin Dr. Martine Letterie, Vorsitzende der Stichting Vriendenkring Neuengamme, dem Verband der ehemaligen Häftlinge des KZ Neuengamme und ihrer Angehörigen in den Niederlanden, sprach mich auf die Möglichkeit eines Besuchs des Überlebenden Wim Alosery an. Nur wenige Wochen später, am 25. November, war es schon so weit und Herr Alosery reiste in Begleitung des Buchautors Frank Krake, des Journalisten Edwin Vrielink sowie einer engen Freundin, Ingrid Wegereef, an.

Die Stiftung Nordfriesland stellte als Trägerin der Gedenkstätte einen Personenkreis zusammen, der die Gäste durch den Tag begleiten sollte. Bewusst war dieser Kreis klein ge-

halten worden, um eine angenehme Gesprächsatmosphäre zu ermöglichen: Burkhard Jansen als zuständiger Fachbereichsleiter des Kreises Nordfriesland, Maria Jepsen als Vertreterin des Freundeskreises der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing, ich als Leiterin der Stiftung Nordfriesland, ferner die Stiftungsmitarbeiterinnen Dr. Janine Doerry, Steffi Friedrichsen und Karen Koos.

Die kleine Besuchergruppe kam um 11 Uhr in Schwesing an. Beim gemeinsamen Frühstück lernten sich alle näher kennen, was dadurch leichter fiel, dass Herr Alosery einen zugewandten und entspannten Eindruck machte. Auch seine Begleiter beteiligten sich lebhaft und freundlich. Zudem bestand keine Sprachbarriere, da alle sehr gut Deutsch verstehen und zum großen Teil auch sprechen.

Nach dem Frühstück erfolgte ein ausgedehnter Rundgang über das Gedenkstättengelände. Die Historikerin Janine Doerry, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin für Husum-Schwesing für die fachliche Besucherbetreuung zuständig ist, zeigte den Gästen das historische Gelände, die baulichen Überreste, die Außenausstellung sowie die Gedenkorte. Bereits zu diesem Zeitpunkt konnte sie einen sehr guten Kontakt zu Herrn Alosery aufbauen, was sich auch darin zeigte, dass die beiden sehr schnell zum „Du" übergingen.

Der 94-jährige Wim Alosery beim Rundgang mit der Historikerin Dr. Janine Doerry.
Fotos: Thomas Lorenzen

Als der immerhin schon 94-jährige Ehrengast nach über einer Stunde den Rundgang beendet hatte, gab es für ihn keine Erholung, denn die mittlerweile erschienen Pressevertreter forderten nun ihr Recht. Auch sie gingen mit Herrn Alosery über die Gedenkstätte und befragten ihn zu seinen Erfahrungen an diesem Ort, was der rüstige Senior mit viel Geduld erledigte (einen Zeitungsbericht zum Besuch finden Sie hier).

Anschließend folgte im Haus der Gegenwart ein über dreistündiges Zeitzeugen-Interview, das Janine Doerry in Anwesenheit der Presse durchführte. Dieses Interview dokumentierte der Fotograf Thomas Lorenzen per Video und zusätzlich als Audioaufnahme. Janine Doerry stellte ihre Fragen auf Deutsch und Wim Alosery antwortete auf Niederländisch. Für die anwesenden Zuhörer erfolgte eine Übersetzung durch Frank Krake, was eine anspruchsvolle Aufgabe war, da er Herrn Alosery nicht zu oft in seinem Redefluss unterbrechen wollte und sich deshalb lange Passagen merken musste.

Wim Alosery berichtete lebendig, aber ohne Pathos von seiner Zwangsarbeit in einem Arbeitslager in Braunschweig, von seiner Flucht aus dem Arbeitslager zurück nach Amsterdam, von seiner Verhaftung und der darauf folgenden Deportation in das KZ Neuengamme, der Zwangsarbeit im Außenlager Husum-Schwesing und der Rückführung nach Neuengamme. „Wir waren viel zu dünn bekleidet", sagte er zur Situation in Schwesing, „es gab wenig Essen und viele Schläge, die hygienischen Bedingungen waren katastrophal. Das war noch viel schlimmer als in Neuengamme, es ging nur ums nackte Überleben." Nach der Räumung des KZ Neuengamme wurde er per Güterzug nach Lübeck deportiert, von dort mit einem Schiff nach Neustadt/Holstein und überlebte dort den Untergang der „Cap-Arcona" (nähere Informationen finden Sie hier). Endlich konnte er nach Hause zurückkehren!

Der Besuch von Wim Alosery war ein emotional aufwühlendes Erlebnis für alle Beteiligten, was insbesondere in dem souveränen und sympathischen Auftreten von Herrn Alosery begründet war. Trotz seiner schrecklichen Er-

fahrungen im Zweiten Weltkrieg, der nationalsozialistischen Verfolgung und der langen Leidenszeit im Außenlager Husum-Schwesing strahlte er eine innere Stärke aus, die alle Anwesenden tief beeindruckte. Hinzu kam, dass er gelegentlich mit einer humorvollen Bemerkung die Spannung auflöste und so allen die Gelegenheit gab, sich zu sammeln. Für uns war sein Besuch eine starke menschliche Erfahrung – und für die künftige Gedenkstättenarbeit in Schwesing sehr wertvoll.

Auch für Herrn Alosery war dieser Besuch ein bedeutendes Erlebnis. Er zeigte sich glücklich darüber, sich auf den Weg gemacht zu haben. Im Mai 2018 wird Frank Krake ein Buch über sein Leben Veröffentlichen, eine deutsche Übersetzung ist geplant. ◄

Gestohlene Jahre. Neue Ausstellung zur Zwangsarbeit in der Gedenkstätte Ahrensbök

Monika M. Metzner-Zinßmeister

Ganze Familien, vom Großvater bis zum Säugling, wurden verschleppt und zur Zwangsarbeit in Deutschland gezwungen. Am Beispiel der ostholsteinischen Gemeinde Ahrensbök lässt sich thematisieren, welches Unrecht den Menschen aus den von der Wehrmacht besetzten Ländern angetan wurde, wie sie ihrer Heimat entrissen, ins Reich deportiert und gezwungen wurden, die Arbeit der als Soldaten im Krieg eingesetzten Deutschen zu übernehmen.

„Zwangsarbeit in Ahrensbök 1939 bis 1942" heißt eine neue Ausstellung. Sie wurde 2017 in dem Gebäude eröffnet, in dem von 1936 bis 1956 die Verwaltung einer Flachsröste (zur Herstellung von Leinen) untergebracht war. 127 Menschen aus der UdSSR, davon 98 Frauen, 36 Belgier und eine Polin mussten hier während der Kriegsjahre Zwangsarbeit verrichten, um die kriegswichtige Produktion am Laufen zu halten.

Die Flachsröste war neben den Globus-Gummiwerken und der Gemüse-Absatz-Genossenschaft einer von drei großen Betrieben in Ahrensbök. Hier mussten – ebenso wie in der Landwirtschaft, dem Handwerk und in Privathaushalten – nachweislich 1.215 Menschen Zwangsarbeit leisten. Ihre Namen und ihre Familienverhältnisse wurden in einer Ausländerkartei notiert, die der ehemalige Büroleiter der Gemeinde Ahrensbök, Norbert Fick, im Keller des Rathauses gefunden hatte. Fick hat diese Kartei akribisch untersucht, ausgewertet und in einem Beitrag im Jahr 2000 beschrieben. Auf Ficks Arbeit gründet sich der größte Teil der neuen Ausstellung.

Das Direktorenhaus der Flachsröste (o.) und eine Zwangsarbeiterbaracke.
Fotos: Gedenkstätte Ahrensbök

Zur Ausstellungseröffnung kamen Ute Fick und Birte Anika Schröder, Witwe und Tochter des Ahrensböker Kommunalforschers, der 2005 starb. Er hatte sich bis zu seinem Tod in der Gedenkarbeit engagiert, war Mitbegründer der Gruppe 33, einer Bürgerinitiative, die in den 1990er-Jahren erstmals im Raum Ahrensbök die Zeit zwischen 1933 und 1945 zu thematisieren begann. Aus der Gruppe 33 entstand der Trägerverein, der am 8. Mai 2000 das Gebäude erwarb, in dem 1933 ein frühes KZ untergebracht war. Am 8. Mai 2001 eröffnete hier die Gedenkstätte Ahrensbök, die

einzige Einrichtung in Schleswig-Holstein, die in einem authentischen Gebäude eingerichtet wurde, das 1933 ein frühes KZ beherbergte.

Das Zwangsarbeiterehepaar Mariana und Eugeniusz Siewierski (o.) und Bogdan Siewierski, 1941 in Ahrensbök geboren, mit Ehefrau Anna während ihres Besuch in Ahrensbök vor sechs Jahren.
Fotos: Gedenkstätte Ahrensbök

Eine Kopie der Ausländerkartei, die Fick beschrieb, ist das wichtigste Exponat der Ausstellung. Interessierte haben die Möglichkeit, in diesen Karteikarten zu blättern, nachzulesen, zu forschen. Auf zahlreichen Tafeln, die in einem separaten Raum im Obergeschoss der Gedenkstätte hängen, werden Beispiele genannt, unter welch teilweise unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Großgemeinde Ahrensbök und ihren 19 Dörfern arbeiten und leben mussten. Die Baracken für Zwangsarbeiter der Globus-Gummiwerke standen beispielsweise mitten in Ahrensbök, nicht weit von der Kirche entfernt.

Zu den Gästen bei der Ausstellungseröffnung gehörte auch das Ehepaar Mentz aus dem Ahrensböker Ortsteil Hörsten. Die Eltern von Johannes Menz waren zuständig für die Gemüse-Absatz-Genossenschaft. Von Mentz stammen ein paar eindrucksvolle Fotos sowie ein Brief, den er von einer ehemaligen Zwangsarbeiterin erhalten hat. Fotos und Brief können in einem großformatigen Buch eingesehen werde, das zum Betrachten im Ausstellungsraum auf einem Pult liegt.

Die neue Ausstellung thematisiert auch ein versöhnliches Beispiel: Bogdan Siewierski wurde 1941 als Kind polnischer Zwangsarbeiter in Ahrensbök geboren. Er wuchs auf dem Heine-Hof in Siblin auf, wo er, wie er sich erinnert, nie Hunger leiden musste. Die Mutter Marianna, die gut Deutsch sprach, hielt nach ihrer Rückkehr nach Polen viele Jahre lang Kontakt zu den Sibliner Landwirten, „weil die Bauern gute Leute waren". Vater Eugeniusz hingegen hat mit seinem Schicksal „als Sklavenarbeiter" gehadert, während Sohn Bogdan anlässlich eines Besuchs in Ahrensbök vor sechs Jahren erklärte: „Man hat mir vier Jahres meines Lebens gestohlen." Eine Tafel in der Ausstellung schildert die ersten Lebensjahre des Zwangsarbeiterkindes Bogdan. Als er und seine Frau Anna am 8. Mai 2011 siebzig Jahre nach seiner Geburt erstmals sein Geburtsland auf Einladung des Trägervereins der Gedenkstätte besuchten, wurde er auf dem Hof Heine vom Sohn des früheren Besitzers mit offenen Armen empfangen.

Noch kurz vor der Eröffnung der neuen Ausstellung gab es eine Anfrage des Sohnes eines belgischen Kriegsgefangenen, der in Gnissau gearbeitet hatte. Er überließ der Gedenkstätte Kopien, die das Leiden von Jules Geirnaert dokumentieren; sie konnten noch in das Buch aufgenommen werden. Wenige Tage nach der Eröffnung kam Christian Geirnaert persönlich in die Gedenkstätte und konnte in der Ausstellung sehen, wie an seinen Vater erinnert wird.

„Zwangsarbeit in Ahrensbök 1939 bis 1945" ist die fünfte Dauerausstellung in der Gedenkstätte Ahrensbök. Sie widmet sich dem Terror der Nationalsozialisten anhand von regionalen

Beispielen und ist direkt mit der Geschichte des Hauses verbunden. Der Lübecker Grafiker Jochen Bauer hat Tafeln und Buch gestaltet. Zur Begrüßung sprach die Vorsitzende des Trägervereins Dr. Ingaburgh Klatt, die zusammen mit dem Lübecker Historiker Christian Rathmer verantwortlich für den Inhalt zeichnet; Rathmer führte zur Ausstellungseröffnung in die Geschichte der Zwangsarbeit am Beispiel von Ahrensbök ein. Grußworte sprachen Ahrensböks Bürgervorsteher Joachim Dockweiler und die Landtagsabgeordnete Sandra Redman (SPD). Das Troubaduo – Jana Nitsch mit Akkordeon und Gesang, Markus Berthold mit der Geige – umrahmte die Veranstaltung musikalisch.

Monika M. Metzner-Zinßmeister ist Mitglied des Trägervereins der Gedenkstätte Ahrensbök/Gruppe 33 e.V. ◄

Arbeit mit dem Flandernbunker. Professionalisierung, Vernetzung, Aktivitäten

Jens Rönnau

Der Verein Mahnmal Kilian hat die historische Marinekommandozentrale „Flandernbunker" in Kiel-Wik als Museum, Mahnmal und Denkort gestaltet und setzt dabei auf professionelle Arbeit – auch wenn diese bis heute immer noch weitgehend ehrenamtlich erledigt werden muss. Daran hat auch das Bundesverdienstkreuz leider nichts geändert, das der Vereinsvorsitzende im November 2017 durch Ministerpräsident Daniel Günther überreicht bekam. Doch schon seit seiner Gründung 1995 arbeitet der Verein vielfältig vernetzt und wissenschaftlich basiert. So wurde bei dem öffentlichen Streit um die Ruine des U-Bootbunkers Kilian interdisziplinär mit Wissenschaftlern der Kieler Christian-Albrechts-Universität wie auch anderen Hochschulen zusammengearbeitet, was in zahlreichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen oder 1997 in dem Band „Stolperstein der Geschichte – Die Ruine des Kieler U-Bootbunkers als Mahnmal und Herausforderung" seinen Niederschlag fand. 2004 war der Verein mit einem Informationsstand auf dem Deutschen Historikertag in Kiel vertreten.

Vorstand und Beirat des Vereins Mahnmal Kilian.
Foto: Dr. Jens Rönnau

Dieses Prinzip der Vernetzung ist in den letzten Jahren weiter verfestigt und ausgebaut worden und schlägt sich auch in der Mitarbeit in Vorständen und Fachausschüssen zur Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Kiel sowie im Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH) nieder. Seit einigen Jahren nehmen Mitglieder des Vereins nicht nur verstärkt an Fortbildungen teil, sondern gestalten diese teils mit oder referieren selbst auf Tagungen. Seit 2015 wird der Verein zudem bei der Vorbereitung der Erneuerung seiner Dauerausstellung von Fachhistorikern beraten. Dazu zählen Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl, Prof. Dr. Oliver Auge und Dr. Harald Schmid. Auch im Vorstand des Vereins bildet sich die Zusammenarbeit mit Fachexperten ab: In den Beirat wurden im Frühjahr 2017 u.a. neu gewählt Prof. Dr. Silke Göttsch-Elten (Europäische Ethnologie/Volkskunde), Prof. Dr. Oliver Auge (Regionalgeschichte) und Prof. Stephan Sachs (Timebased Media). Den Vereinsvorstand bilden derzeit der Romanist Dr. Jürgen Strasser sowie die Kunsthistoriker Dr. Henning Repetzky und Dr. Jens Rönnau. Zusätzlich unterstützen Pädagogen und Soziologen die aktive Vereinsarbeit – und nicht zu-

letzt auch Architekten, Fachfirmen, Juristen und Finanzexperten.

Recherchiert für die neue Dauerausstellung im Flandernbunker – der Historiker Dr. Gert Lübbers.
Foto: Dr. Jens Rönnau

Durch die Finanzierung der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten wurde im November 2017 ein halbjähriges Forschungsprojekt zur Geschichte des Flandernbunkers von 1943 bis heute aufgelegt. Hieran arbeiten der Fachhistoriker Dr. Gert Lübbers und der Vereinsvorsitzende. Sie können sich dabei auf ein bereits gut vorbereitetes Material des Vereins stützen, das indes besonders zur Frage des Einsatzes von Zwangsarbeitern, zur Rolle der militärischen Nutzung wie auch zur früheren Phase der zweiten Geschichte nach 1945 noch zu untermauern ist. Die Forschungen sollen Grundlage für die geplante neue Dauerausstellung sein sowie für Führungen und Veröffentlichungen.

Besonderer Wert wird beim Verein Mahnmal Kilian auf die Verbindung von Forschung und Lehre gelegt – sowohl im schulischen, wie im Hochschulbereich. Wiederholt absolvierten hier Studentinnen und Studenten der Kieler Universität ihre Praktika. Im Fach Europäische Ethnologie/Volkskunde wurde eine Magisterarbeit auf Basis des Materials des Kriegszeugenprojekts des Vereins abgeschlossen. Die aktuell noch laufende Folge VII der Ausstellungsreihe zum Ersten Weltkrieg im Flandernbunker gilt der Rolle der Medien in diesem Krieg. Sie entstand im Frühjahr/Sommer 2017 in Zusammenarbeit mit dem Historischen Seminar der Kieler Universität im Rahmen eines Seminars von Knut Kollex. Derzeit arbeitet der fertig ausgebildete Historiker Jens Hüners im Rahmen eines Praktikums an der letzten Teilausstellung dieser Reihe im Flandernbunker, bevor alle acht Teile überarbeitet und erweitert im Juli 2018 in eine vielfältige Ausstellung zum Ersten Weltkrieg münden werden.

Bei derartigen Kooperationen geht es dem Verein um verschiedene Aspekte: Zum einen könnten Ausstellungen ohne die weitgehend kostenfreie Mitarbeit von Fachwissenschaftlern im Flandernbunker nicht geleistet werden. Andererseits bietet der Verein den Hochschulen im Rahmen ihrer Ausbildung ein Feld praktischer Betätigung mit realen Ausstellungsbedingungen, was das Studium bereichert – eine Win-win-Situation also. Darüber hinaus beinhaltet ein solches Vorgehen aber auch eine bewusste vielfältige Vernetzung mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen, die so im Bereich der Erinnerungskultur diskursiv befruchtend und oft interdisziplinär tätig werden.

In diesem Sinne hat der Verein Mahnmal Kilian auch gern den Vorschlag des neuen Lehrstuhlinhabers für Didaktik der Geschichte am Historischen Seminar der Universität Kiel, Prof. Dr. Sebastian Barsch, aufgegriffen, im November 2017 einen gemeinsamen Vortrag auf der interdisziplinären Fachtagung „Arbeiten mit Sachquellen in Gedenkstätten und Museen" in Celle zu halten: „Der Flandernbunker als Sachquelle". In diesem Referat wurde deutlich gemacht, dass neben der Vermittlung der Sachquelle Bunker als solcher auch dieser selbst als inspirierendes Objekt kreativer Arbeit dienen kann – und zwar im Transfer von Geschichtswissen zu dessen Relevanz für die gesellschaftliche Gegenwart. Zahlreiche Beispiele aus der praktischen Arbeit des Vereins Mahnmal Kilian konnten dies untermauern. Dazu zählt insbesondere die Zusammenarbeit mit Künstlern verschiedener Sparten und Schulklassen.

Neben den Fortbildungen der LAGSH im Lande war der Verein Mahnmal Kilian 2017 auch auf

einer Fortbildung von „MUTIK Kreativpotentiale im Dialog" für Pädagogen und Vermittler in Essen vertreten: "Kreativ-Camp, Vielfalt in Schule gestalten". Die Teilnahme ergab sich auch aus der seit 2015 bestehenden engen Kooperation mit dem Kieler Gymnasium Hebbelschule, mit dessen Schülerinnen und Schülern bereits mehrere Projekte, Workshops und Ausstellungen realisiert werden konnten, etwa 2016 das Filmprojekt mit Zeitzeugen zum Thema Flucht und verschiedene Kunstprojekte (teilweise wurden sie in den letzten NEWSLETTERN vorgestellt).

Ein besonders schönes Beispiel der Erfolge pädagogischer Arbeit im Flandernbunker fand im Mai 2017 statt: Die Jugendpädagogin Milena Vanini hatte in ihrer Schulzeit an einem Theaterstück im Flandernbunker mitgewirkt. Das hatte sie so beeindruckt, dass sie nun mit einer kirchlichen Jugendgruppe ein neues Theaterstück zum Thema Flucht erarbeitete und es am Ort ihrer ersten eigenen Erfahrungen zur Aufführung brachte.

Eine Aktion am Flandernbunker als Teil des Kulturmeilenfests. *Foto: Dr. Jens Rönnau*

Um für seine Themen auch Menschen jeden Alters im Rahmen von Großveranstaltungen wie Museumsnächten und Stadtteilfesten sensibilisieren zu können, hat der Verein Mahnmal Kilian das Format niedrigschwelliger Angebote entwickelt, welche in kurzen Zeitintervallen möglich sind. So werden unter dem Motto „Alles mini" kurze Führungen, Musikauftritte, Workshops und sogar Zeitzeugengespräche angeboten. Fast alle Kurzangebote sind allerdings so angelegt, dass sie – je nach individueller Möglichkeit – auch für einen längeren und intensiveren Zeitraum wahrgenommen werden können. So sind die Miniworkshops zeitlich unbegrenzt und bieten die Möglichkeit, schnell etwas zu machen oder länger mitzuarbeiten – etwa an den 2017 entwickelten „Friedenslichtern". Dies sind rund zwei Meter hohe Kuben mit Stoffbespannung und innerer Lichtquelle, die zum Thema beschrieben oder bemalt werden können. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren zwischen vier und 80 Jahren alt. Bei den Gesprächen mit wechselnden Zeitzeugen wird stets ein Extra-Raum offengehalten, in welchen sich interessierte Zuhörer moderierter Kurzgespräche mit den jeweiligen Zeitzeugen anschließend zur Vertiefung zurückziehen können. Das hat innerhalb einer fünfstündigen „Museumsnacht" mit über 1.000 Besuchern wunderbar funktioniert.

Für größere Projekte, wie Kunstausstellungen, wird einschlägigen Profis das Feld der Auseinandersetzung mit den Zusammenhängen von Unrechtsgeschichte überlassen. In der Vergangenheit waren dies Künstlerinnen und Künstler wie Insa Winkler, Raffael Rheinsberg und Lilli Engel, Jårg Geismar, Michael Sailstorfer oder auch Künstlergruppen der Kieler Muthesius-Kunsthochschule, aus Skandinavien und Nahost. Seit Sommer 2017 lotet der Itzehoer Künstler Manuel Zint mit seiner Ausstellung „Nawodo – verlorenes Südseeparadies" die Möglichkeit von Fake News vor historischer Kulisse der Insel Nauru aus. Dabei hat er bekannte Fakten so gründlich und mit so viel Ironie verändert, dass die begründete Hoffnung bestehen kann, die Betrachter könnten Transfers in gegenwärtige Möglichkeiten von Fake News leisten. Die künstlerische Geschichtsklitterung dient also der Schärfung der Sinne.

Ganz und gar keine Klitterung war eine der letzten Veranstaltungen des Jahres 2017 im Flandernbunker: Die 95-jährige Ingelene Ro-

dewald brachte am 9. November Fotos mit, die ihre Tante 1941 heimlich im Warschauer Ghetto gemacht hatte. Es war Helmy Spethmann, Tochter des einstigen Eckernförder Zeitungsverlegers, Stadtrates und Reichstagsabgeordneten Wilhelm Spethmann, die das Grauen dieses Ortes damals als Krankenschwester hatte kennenlernen müssen. Die Fotos bewahrte sie indes ihr Leben lang unveröffentlicht auf und überreichte sie ihrer Nichte kommentarlos und versteckt auf dem Sterbebett.

Ein Foto aus dem Warschauer Getto, aufgenommen von Helmy Spethmann (u.).

Eine breite Diskussion entstand nach dem Bericht von Ingelene Rodewald. Durch die Anwesenheit von Vertretern des Landesverbandes der Sinti und Roma konnte von jenem Vorhöllenghetto für Juden der Bogen zu dem Vernichtungslager Bełżec an der Ostgrenze Polens geschlagen werden: Dorthin waren 1940 auch die ersten Sinti und Roma aus Schleswig-Holstein deportiert worden. ◄

Bundesverdienstkreuz für Jens Rönnau

Uta Körby

Eine hohe Ehrung erfuhr der Kieler Kunsthistoriker, Journalist und Fotograf Dr. Jens Rönnau, der Vorstandsvorsitzende des Vereins Mahnmal Kilian: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zeichnete ihn für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement für Kunstförderung, Völkerverständigung, Friedensförderung und Gewaltprävention im Rahmen der Kieler Erinnerungskultur mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland aus. Im Namen des Bundespräsidenten überreichte Ministerpräsident Daniel Günther am 14. November 2017 in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in Kiel Jens Rönnau das Verdienstkreuz. Mit ihm wurden unter dem Motto „Engagement braucht Anerkennung" noch vier weitere Schleswig-Holsteiner aus den Bereichen Sport, Handwerk, Denkmalpflege und DRK ausgezeichnet.

In der Laudatio heißt es: „Jens Rönnau hat sich der Bewahrung von Mahnmalen verschrieben und fördert damit die Erinnerungskultur. Die Leidenschaft für Kunst und gesellschaftliche Debatten standen für Jens Rönnau immer im Vordergrund. Er war 1977 Mitbegründer des Kunstvereins Preetz und in der Kunstförderung aktiv. 1995 gründete er mit Kieler Bürgern den Verein ‚Mahnmal Kilian', um die Ruine des U-Boot-Bunkers ‚Kilian' als Mahnmal aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges zu erhalten. 2001 hat der Verein auf seine Initiative den ‚Flandernbunker' ersteigert und als Ort der Anschauung kriegerischer Ereignisse zu einer Bildungs- und Gedenkstätte ausgebaut. Darüber hinaus ist der Flandernbunker Raum für künstlerische Ausstellungen dieser Thematiken und Veranstaltungsort. Damit der Krieg und die Untaten des Faschismus auch nachwachsenden Generationen bewusst werden, hat Jens Rönnau unter anderem das ‚Kriegszeugenprojekt' initiiert. 2014 wurde

Jens Rönnau mit der Andreas-Gayk-Medaille der Landeshauptstadt Kiel ausgezeichnet."

Ministerpräsident Daniel Günther (r.) überreichte Dr. Jens Rönnau die Auszeichnung des Bundespräsidenten. *Foto: Frank Peter.*

Die Landeshauptstadt Kiel gratulierte Jens Rönnau zu der erneuten Auszeichnung: „Dr. Jens Rönnau ist ein engagierter Gestalter im Bereich der Friedensarbeit und Erinnerungskultur. Er setzt sich tatkräftig für einen bewussten Umgang mit der Kieler Geschichte ein – insbesondere der Kriegs- und Gewaltdimension des 20. Jahrhunderts. Mit dem Verein ‚Mahnmal Kilian' und vielen Projekten schafft er ein Forum für historische Vergangenheitsbewältigung und Völkerverständigung."

Auch die LAGSH, deren Vorstand er angehört, gratuliert Jens Rönnau herzlich zu dieser verdienten hohen Auszeichnung! ◄

Forschung und regionale Vernetzung. Die Historikerin Verena Meier hat die Lagergeschichte Gudendorfs erforscht

Benno Stahn

Die Freude der Initiativenmitglieder war groß, als sie Anfang 2017 erfuhren, dass die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) ihren Antrag auf finanzielle Unterstützung für die weitere Erforschung der Lagergeschichte bewilligt hatte.

Seit rund 30 Jahren erinnert die Initiative „Blumen für Gudendorf" jeweils um den 8. Mai, dem Kriegsende, an die Opfer des Lagers Gudendorf. Es handelt sich dabei um ein Lager insbesondere für Kriegsgefangene aus der ehemaligen Sowjetunion und dürfte die größte Gedenkstätte in Schleswig-Holstein für Opfer aus der ehemaligen Sowjetunion sein. Die Initiative besteht aus ehrenamtlichen Mitarbeitern. Ihr Bemühen ist, Licht in das Dunkel dieses Lagers zu bringen, insbesondere hat die Initiative an der Vervollständigung einer Namenliste gearbeitet.

Die Gedenkstätte Gudendorf, im Vordergrund links die Gedenktafel mit den Namen von Opfern des Lagers. *Foto: Dr. Harald Schmid*

Eine historische Aufarbeitung des Lagers Gudendorf stand jedoch lange Zeit immer noch an ihren Anfängen. Wegen der singulären Bedeutung als zentrales Lager in Schleswig-Holstein für Gefangene überwiegend aus der ehemaligen Sowjetunion war eine Aufarbeitung der Lagergeschichte überfällig. Eine im Jahr 2004 von dem Historiker Martin Gietzelt begonnene Untersuchung konnte wegen der seinerzeit knapp bemessenen Mittel nicht zu Ende geführt werden. Außerdem hat sich zwischenzeitlich durch die Öffnung der Archive der ehemaligen Sowjetunion eine für die historische Forschung günstigere Situation ergeben. Im Jahr 2015 konnte die Initiative durch eigene Forschungen 310 Opfernamen ermitteln. Sie werden seitdem an der Gedenkstätte dokumentiert.

Nachdem nun also von Seiten der BGSH finanziell grünes Licht gegeben war, wurde der Forschungsauftrag ausgeschrieben. Für die Initiativenmitglieder überraschend bewarben sich über 20 Historikerinnen und Historiker, obwohl das genehmigte Gesamtbudget für eine solche Arbeit eher als bescheiden bezeich-

net werden muss. In einem Auswahlverfahren konnte sich die Heidelberger Historikerin Verena Meier für den Forschungsauftrag durchsetzen. Von Mai bis Oktober dieses Jahres hat sie nun in Archiven nach Spuren des Lagers Gudendorf geforscht. Die Abfassung und Veröffentlichung der Geschichte des Lagers ist für 2018 vorgesehen, die entsprechenden zusätzlichen Mittel hat die BGSH bereits bewilligt.

Die Historikerin Verena Meier: Grundlagenforschung zur Geschichte des Lagers Gudendorf.
Foto: Benno Stahn

Die Initiative wird verstärkt Kontakte knüpfen mit anderen Institutionen wie Kirche, Schulen, Museen, Volkshochschule, um die Möglichkeiten von Kooperationen auszuloten. Erfolgversprechend ist ein Mitte Oktober zustandegekommener Gedankenaustausch mit der Leiterin des Dithmarscher Landesmuseum, Dr. Jutta Müller. In der Initiative wächst die Hoffnung, dass mit der Veröffentlichung der Lagergeschichte das Interesse auch bei jüngeren Menschen geweckt wird. Auch die Erarbeitung eines pädagogischen Konzeptes im Zusammenhang mit einer Dauerausstellung über das Lagergeschehen sieht die Initiative als nächste Aufgabe.

Benno Stahn ist Sprecher der Initiative „Blumen für Gudendorf" und Mitglied im Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein. ◄

Projektmanagement als eine Kernaufgabe der Gedenkstätten

Katharina Perrey-Holldorf

Die Einrichtung der Servicestelle im April 2016 ermöglichte der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten zum einen den Aufbau einer eigenen Geschäftsstelle und zum anderen die Entwicklung eines Beratungsangebotes für die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätten. In Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein bot die Servicestelle am 16. Juni dieses Jahres im Nordkolleg Rendsburg ein Tagesseminar als Einführung in das Thema „Projektmanagement" an. Als Referentin konnten wir Grit Gierth gewinnen. Die in Berlin lebende Historikerin arbeitet als selbständige Beraterin, Trainerin und Moderatorin. Sie ist ehrenamtlich engagiert im Bereich der Erinnerungskultur und hat somit Erfahrungen sowohl mit ehrenamtlichen Strukturen als auch mit den spezifischen Inhalten der Gedenkstätten.

Warum Projektmanagement? Die Konzeption und Umsetzung von Projekten ist nicht mehr wegzudenken aus der heutigen Arbeitswelt. Projekte scheinen unser Arbeitsleben derartig zu bestimmen, dass bisweilen von einer „Projektifizierung" der Gesellschaft die Rede ist. Ob diese Diagnose tatsächlich zutrifft und sich ohne Weiteres auf den Kulturbereich übertragen lässt, sei dahingestellt. Fest steht, dass die Projektarbeit gleichsam das Gegenstück zur Institution mit ihrem laufenden Betrieb und routinierten Arbeitsabläufen bildet.

Es werden in den Gedenkstätten jedes Jahr verschiedenste Projekte entwickelt und realisiert, die Spannbreite reicht von Gedenkveranstaltungen, Workshops, Publikationen, Forschungsvorhaben, Ausstellungen, Zeitzeugen-Interviews bis hin zu Vermittlungskonzepten oder dem Aufbau von Archiven. An diesen Beispielen lässt sich bereits die Komplexität des Themas „Projektmanagement" erkennen. Vor allem für ehrenamtlich betreute Einrich-

tungen kann die Projektarbeit zur Herausforderung werden, da sie nicht nur hohe finanzielle, sondern mitunter auch hohe personelle Ressourcen fordert. Doch die Arbeit an Projekten bietet auch Chancen.

Armin Klein, Professor am Institut für Kulturmanagement an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg, hat in einem Interview mit dem Magazin des Kulturmanagement Network Projektarbeit als lebenslanges Lernen beschrieben. Demnach schaffen Projekte die Voraussetzung dafür, um kreative Lösungen zu finden und Neues auszuprobieren. Als langfristiges Ziel könnten dabei Strukturen weiterentwickelt und in Projekten neu organisiert werden: „Projektmanagement ist eine Chance, die festgefahrene Institution umzukrempeln und flüssig zu kriegen." Ziel unseres Seminars war es natürlich nicht, die Gedenkstätten umzukrempeln. Es sollten jedoch bei dieser wichtigen Kernaufgabe der Projektarbeit Unterstützung angeboten und Impulse gegeben werden.

Projektmanagement ermöglicht, Vorhaben zielgerichtet und effizient anzugehen und umzusetzen. Mit entsprechenden Methoden lassen sich Projekte nicht nur planen und steuern, sie sind zugleich auch hilfreich bei der Erstellung von Förderanträgen. Ferner lassen sich die Grundlagen für eine transparente Arbeitsplanung und die aktive Mitwirkung von Projektbeteiligten legen. Im Rahmen des Seminars hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, die wichtigsten Methoden und ihre Anwendung, angepasst auf die Erfordernisse ihrer Einrichtung, kennenzulernen.

Das Beratungsangebot der Servicestelle wird im kommenden Jahr weiter ausgebaut. In intensiven Gesprächen mit den ehrenamtlich geleiteten Gedenkstätten hat sich das Thema „Bürgerschaftliches Engagement" herauskristallisiert (unter anderem die Frage, wie ehrenamtliche Mitarbeiter/innen gewonnen werden können). Angedacht ist eine Fortbildung, die vor Ort in den Gedenkstätten angeboten wird, um auf diese Weise einen intensiven Austausch innerhalb der jeweiligen Teams zu ermöglichen.

Katharina Perrey-Holldorf ist Kulturmanagerin der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten. ◄

Lernen für die Demokratie. Podiumsdiskussion im Landeshaus Kiel

Die Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein erbringen nicht nur einen unverzichtbaren Beitrag zur Erinnerung an die nationalsozialistische Schreckensherrschaft, sondern sind auch Orte der historisch-politischen Bildung und der Erinnerungskultur. An ihnen können insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene unter anderem lernen, wie Ausgrenzungsmechanismen wirken, welche Bedeutung unveräußerlichen Menschenrechten zukommt und welche Rolle die Erinnerung an die NS-Vergangenheit heute und in der Zukunft spielt.

Doch die Gedenkstätten und Erinnerungsorte stehen vor beträchtlichen Herausforderungen: sei es der anstehende Generationenwechsel oder die erforderliche Professionalisierung der Bildungsarbeit, sei es die dringend nötige Intensivierung der Kooperation mit Schulen oder der Umgang mit dem neuen Nationalismus. Wie kann die Landespolitik angemessene Rahmenbedingungen schaffen und die Gedenkstätten und Erinnerungsorte bei diesen wichtigen Aufgaben unterstützen?

Diesen Themen widmet sich eine öffentliche Podiumsdiskussion im Kieler Landeshaus am Dienstag, 30. Januar 2018, 19:00 Uhr. Nach einem Grußwort der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Karin Prien und einem Videoporträt ausgewählter Gedenkstätten diskutieren dann Abgeordnete aller Landtagsfraktionen über das Thema „Lernen für die Demokratie – Gedenkstätten als Orte der historisch-politischen Bildung". Moderatorin des Abends ist Lena Gürtler (NDR).

Die Einladungskarte für die Diskussionsveranstaltung im Landeshaus rückt Jugendliche als wichtige Zielgruppe der Bildungsarbeit von Gedenkstätten in den Fokus. *Foto: Dr. Jens Rönnau.*

Die Veranstaltung ist eine Kooperation zwischen dem Landesbeauftragten für politische Bildung Schleswig-Holstein, der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein und der schleswig-holsteinischen Regionalgruppe des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie. *(H.S.)* ◄

Stellenausschreibung: Kulturmanager/in

In der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens bis zum 1. März 2018, eine Stelle als Kulturmanager/in (Elternzeitvertretung) zu besetzen. Die Stelle wird in Anlehnung an E 13 TV-L vergütet. Sie ist befristet zunächst bis zum 30. April 2019, mit Aussicht auf Verlängerung, und umfasst 50 Prozent der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit.

Die Erinnerung an die Herrschaft, Verbrechen und Nachgeschichte des Nationalsozialismus zählt zu den Grundlagen der politischen Kultur des demokratischen Deutschlands, auch in Schleswig-Holstein.

Damit die Erinnerung an das Geschehen lebendig bleibt und professionell vermittelt wird, bedürfen die schleswig-holsteinischen Gedenkstätten einer nachhaltigen Förderung. Die 2002 gegründete Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten hat sich dies zur Aufgabe gesetzt. Sie fördert Einrichtungen und Projekte, die sich dem Opfergedenken, der Aufklärung und Erforschung der Zeit des Nationalsozialismus widmen. Sie steht den Einrichtungen sowohl finanziell als auch als Ansprechpartner zur Seite und nimmt Aufgaben des Landes wahr.

Künftig sollen die Gedenkstätten in Schleswig-Holstein noch stärker vernetzt und zu historischen Lernorten weiterentwickelt werden. Im April 2016 wurde die Servicestelle der BGSH eingerichtet, um die Interessen zu bündeln und gemeinsam mit den Gremien der Stiftung nach Lösungen zu suchen.

Ihre Aufgaben umfassen:

- die allgemeine Geschäftsführung der BGSH (u.a. Finanzen und Controlling der Stiftung, Bearbeitung von Förderanträgen nach dem Zuwendungsrecht des Landes Schleswig-Holstein, Buchhaltung)
- Projektmanagement (z.B. Erarbeitung von Workshops)
- Die Beratung der überwiegend ehrenamtlich geleiteten Gedenkstätten und Erinnerungsorte bezüglich finanztechnischen, organisatorischen sowie museumspädagogischen Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit und Marketing
- Pflege und Gestaltung der Internetseite (CMS).

Sie passen zu uns mit:

- einem erfolgreich abgeschlossenen Hochschulstudium (Kulturmanagement, Public Management oder vergleichbarem Studienabschluss),
- kaufmännischen Kompetenzen,
- Kenntnissen des öffentlichen Haushalts- und Zuwendungsrechts,
- Erfahrungen im Umgang mit Behörden und Aufsichtsgremien,
- Erfahrungen in der Kultur- und Projektarbeit, idealerweise in einer gemeinnützigen kulturellen Institution,
- zeitgeschichtlichen Kenntnissen bezüglich Nationalsozialismus und Erinnerungskultur sowie Interesse am Umgang mit Gedenkstätten und Erinnerungsorten,

- einem PKW-Führerschein, da die Arbeit mit Besuchen der Gedenkstätten verbunden ist.

Die BGSH setzt sich für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen ein. Daher werden schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Dienstort ist Rendsburg. Sie arbeiten direkt dem Vorstand der Stiftung zu.

Vollständige und aussagekräftige Bewerbungsunterlagen erbitten wir ausschließlich per E- Mail bis zum 21. Januar 2018 an den Vorstand, info@gedenkstaetten-sh.de.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte ausschließlich schriftlich an die Geschäftsstelle, E-Mail: info@gedenkstaetten-sh.de.

Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, Am Gerhardshain 44, 24768 Rendsburg, www.gedenkstaetten-sh.de. ◄

Wissenschaftspreis 2018 der Bürgerstiftung

Die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten lobt für das Jahr 2018 erneut einen Wissenschaftspreis in Höhe von 2.000 Euro für herausragende wissenschaftliche Arbeiten aus, die sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig Holstein und der Erinnerung an diese Zeit beschäftigen. Der Preis würdigt Beiträge vor allem jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich beispielsweise in Examensarbeiten, Dissertationen oder in regionalen Publikationen mit diesem Thema befasst haben. Die Arbeiten – veröffentlicht oder unveröffentlicht – sollten in der Regel nicht älter als zwei Jahre alt sein. Eigenbewerbungen sind ausdrücklich erwünscht.

Die Beiträge müssen bis zum 30. April 2018 in Druckfassung oder per E-Mail bei der Geschäftsstelle der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten eingereicht werden (BGSH, c/o Nordkolleg Rendsburg, Am Gerhardshain 44, 24768 Rendsburg, info@gedenkstaetten-sh.de). Beigefügt werden soll ein tabellarischer Lebenslauf der Bewerberin/des Bewerbers mit einer maximal zwei DIN-A-4-Seiten umfassenden Kurzdarstellung der Arbeit (Fragestellung, Quellen, Methodik, Ergebnisse). Der Wissenschaftliche Beirat der Bürgerstiftung entscheidet über die Vergabe des Preises, der auch hälftig an zwei Personen oder an Projekte vergeben werden kann. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Der Preis wird im Rahmen eines Festaktes von der Vorsitzenden des Stiftungsrates der Bürgerstiftung verliehen; der oder die Preisträger/in hält dabei einen Kurzvortrag zur ausgezeichneten Arbeit. *(H.S.)* ◄

TERMINKALENDER

Bitte beachten Sie auch den aktuellen Online-Veranstaltungskalender der BGSH.

12. Januar, 14:00 Uhr, Gedenkstätte Ahrensbök, Flachsröste 16, 23623 Ahrensbök
Regionalkonferenz der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein.

14. Januar bis 8. Februar, Kirche am Markt, Mühlenberger Weg 64 a, 22587 Hamburg
„Neue Anfänge nach 1945? Wie die Landeskirchen Nordelbiens mit ihrer NS-Vergangenheit umgingen". Wanderausstellung der Nordkirche. Nähere Informationen finden Sie hier.

18. Januar, Ev.-Luth. Kirchengemeinde Heide, Markt 27, 25746 Heide
„Krankenmorde in der NS-Zeit". Vortrags- und Diskussionsveranstaltung. Nähere Informationen finden Sie hier.

21. Januar, 11:30 Uhr, Flandernbunker, Kiellinie 249, 24106 Kiel
„Von der Rüstungsschmiede zur Revolution. Kiel Krieg". Teil VIII der Ausstellungsreihe zum Ersten Weltkrieg. Zur Eröffnung sprechen Rolf Fischer, Staatssekretär a.D., Dr. Jens Rönnau, Vorsitzender Verein Mahnmal Kilian, Jens Hüners, Historiker.

25. Januar, 16:00 Uhr, Ratssaal der Stadt Kaltenkirchen
„Erinnerung ohne Zukunft? Zukunft ohne Erinnerung?" Veranstaltung zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Nähere Informationen finden Sie hier.

26. Januar, 13:00 Uhr, Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Zentrale Gedenkfeier des Landes Schleswig-Holstein zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

27. Januar, 16:00 Uhr, KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, Raiffeisenstraße 3, 25926 Ladelund
Stilles Gedenken an den Gräbern der verstorbenen KZ-Häftlinge, im Anschluss Vortrag von Andreas Speit (Jounalist und Buchautor) zum Thema „Reichsbürger". Nähere Informationen finden Sie hier.

28. Januar bis 23. Februar, Kreishaus, Marktstraße 6, Husum
„Hamburger Fußball im Nationalsozialismus – Einblicke in eine jahrzehntelang verklärte Geschichte". Wanderausstellung zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Eröffnung am 27. Januar, 17:00 Uhr. Nähere Informationen finden Sie hier.

30. Januar, 19:00 Uhr, Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
„Lernen für die Demokratie. Gedenkstätten als Orte der historisch-politischen Bildung". Diskussion mit Abgeordneten der im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertretenen Parteien. Nähere Informationen finden Sie hier.

2. Februar, Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
„Fake und Filter – Historisch-politisches Lernen in Zeiten der Digitalisierung". - Tagung. Nähere Informationen finden Sie hier.

23. März, 19:00 Uhr, KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, Raiffeisenstraße 3, 25926 Ladelund
„Amon. Mein Großvater hätte mich erschossen". Lesung mit Jennifer Teege. Nähere Informationen finden Sie hier.

Noch bis 3. Juni, Jüdisches Museum Rendsburg, Prinzessinstraße 7–8, 24768 Rendsburg
„Die Exodus-Affäre. Schleswig-Holstein und die Gründung Israels". Ausstellung. Nähere Informationen zur Ausstellung finden Sie hier. ◄

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten
Geschäftsstelle: c/o Nordkolleg Rendsburg
Am Gerhardshain 44, 24768 Rendsburg
info@gedenkstaetten-sh.de
Tel. +49 (0) 4331-1438-24
Fax: +49 (0) 4331-1438-20
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet

Redaktion, Organisation und Layout:
Dr. Harald Schmid (H.S.)
Kontakt: harald.schmid@gedenkstaetten-sh.de
Tel.: 0152-31758461 ◄